Gesetz=Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 13. =

Injalt: Geseh, betreffend die Berwaltung des Pfarrwittwens und Waisensonds und die Jürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelische lutherischen Kirche der Provinz Sannover, der evangelische lutherischen Kirche der Provinz Schleswig Holstein, der evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Wiesbaden und der evangelischereschen Kirche der Provinz Haunover, S. 95. — Kirchengeset, detreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Kirche der Provinz Haunover, S. 137. — Verordnung über das Inkrafttreten des Kirchengesehes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelische Lutherischen Kirche der Provinz Haunover, S. 143. — Geseh zur Ergänzung des Gesehes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Provinzen vom 15. Juli 1889, S. 144. — Vefanntmachung der nach dem Geseh vom 10. April 1872 durch die Regierungs-Amtsblätter publizirten landesherrlichen Erlasse, Urkunden 2c., S. 146.

(Nr. 9727.) Geset, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen. und Waisenfonds und die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelische lutherischen Kirche der Provinz Hannover, der evangelischen Kirche der Provinz Schleswig-Hosstein, der evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Cassel, der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Wießbaden und der evangelischer Kirche der Provinz Hannover. Vom 31. März 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Artifel 1.

Der Pfarrwittwens und Waisensonds, welcher in Gemäßheit der Staatssund Kirchengesetze vom 15. Juli 1889, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen (Gesetz-Samml. S. 139 ff.) und vom 30. März 1892 wegen Abänderung einiger Bestimmungen dieser Gesetze (Gesetz-Samml. S. 35 ff.) begründet ist, bildet fortan einen selbständigen kirchlichen Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit. Er wird nach Maßgabe des anliegenden Kirchengesetzes vom 31 März 1895, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwens und Waisensfonds, vertreten und verwaltet.

Gefet . Samml. 1895. (Nr. 9727.)

21

Schriftliche Willenserklärungen, welche für den Pfarrwittwen- und Waisenfonds Dritten gegenüber Rechte oder Verpflichtungen begründen, sind im Namen des Vorstandes von dessen Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, unter Beidrückung des Amtssiegels zu unterzeichnen.

Artifel 2.

Dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds werden vom 1. April 1895 ab für die einzelnen, demselben hinzutretenden Landeskirchen, für die Dauer ihres Amschlusses, folgende, halbjährlich im Voraus zahlbare Renten seitens des Staates überwiesen:

1) für die evangelisch = lutherische Kirche der Provinz Hannover	107 198 Mart,
2) für die evangelisch - lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein	63 441
3) für die evangelischen Kirchengemeinschaften des Kon- fistorialbezirks Cassel	63 004
4) für die evangelische Kirche des Konsistorialbezirks Wiesbaden	900
5) für die evangelisch = reformirte Kirche der Provinz	14 559

sid dur Ednammen in dur ananskarrad Artifel 3. auf als ausfrund aniso finens

Die im §. 5 Nr. 2 bis 4 des Kirchengesetzes, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisenfonds, bezeichneten Beschlüsse des Verwaltungs- ausschusses bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Staatsministeriums, die Beschlüsse zu §. 5 Nr. 4 jedoch nur dann, wenn sie Grundsätze betreffen, welche durch Kirchengesetz festgestellt sind.

Artifel 4.

Gegen Zahlung der im Artikel 2 keftgesetzten Staatsrenten übernimmt der Pfarrwittwen- und Waisensonds vom 1. April 1895 ab alle Verpflichtungen, welche der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt gegenüber den gegenwärtigen und den künstigen Wittwen von Geistlichen einschließlich der Emeriten einer der im Artikel 2 bezeichneten Landeskirchen bis dahin obgelegen haben.

Demselben werden von diesem Zeitpunkt ab die Wittwenkassenbeiträge der bis dahin versicherten Geistlichen dieser Kirchengemeinschaften überwiesen, auch gehen auf ihn die sonstigen, hiermit im Zusammenhange stehenden Rechte der

Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt über.

Für diejenigen Geistlichen der im Artikel 2 genannten Landeskirchen, welche den Verzicht auf das kirchengesetzlich neu kestgesetzte Wittwengeld nicht aussprechen, hat die Nichterklärung des Verzichtes binnen sechs Monaten nach dem Inkrafts

treten dieses Gesetzes das Ausscheiden aus der Allgemeinen Wittwenverpflegungs. anstalt von Rechtswegen zur Folge.

Artifel 5.

Den Geistlichen der im Artikel 2 bezeichneten Landeskirchen ist vom 1. April 1895 ab der Beitritt zur Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt nicht mehr gestattet.

Artifel 6.

Gegen die Entscheidung der Kirchenbehörden über die Höhe der nach Maß-Gegen die Entscheidung der Kirchenbehototil uber schroge für die Wittwen und ander anliegenden Kirchengesetze, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und ander Derrichten Landeskirchen, an den Pfarre Waisen der Geistlichen der im Artifel 2 bezeichneten Landeskirchen, an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds zu leistenden Beiträge der Geistlichen findet der Rechtsweg nicht statt.

Mrtifel 7.

Die Beiträge der Geistlichen, ihrer Hinterbliebenen und der kirchlichen Stellen an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds, welche auf Grund der in Artikel 6 bezeichneten Kirchengesetze zu leisten sind, sowie die an den Fonds nach Artikel 4 zu entrichtenden Wittwenkassenbeiträge können im Wege des Verwaltungs. zwangsverfahrens beigetrieben werben.

Artifel 8.

Der durch die anliegenden Kirchengesetze (Artikel 6) gewährte Anspruch auf Wittwen- und Waisengeld kann mit rechtlicher Wirkung weder abgetreten, noch verpfändet, noch sonst übertragen werden.

Artifel 9.

Die Kirchenbehörden bestimmen, unter Ausschluß des Rechtsweges, an wen die Zahlung des Wittwen- und Waisengeldes nach den anliegenden Kirchengesetzen (Artifel 6) gultig zu leisten ift.

Im Uebrigen findet wegen der Ansprüche auf Wittwen- und Waisengeld gegen die Entscheidung der Kirchenbehörden der Rechtsweg nur nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 241) statt.

Artifel 10.

Falls eine Landeskirche von dem Kündigungsrecht des S. 17 des Kirchengesetzes, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisenfonds, Gebrauch

macht, treten die daselbst bezeichneten Rechtsfolgen ein.

Von dem im Absatz 2 dieses Paragraphen angegebenen Zeitpunkte ab wird der kündigenden Landeskirche, sofern die bis zur Kündigung für den Pfarrwittwen- und Waisenfonds in Geltung gewesenen firchengesetzlichen Bestimmungen über das Wittwen- und Waisengeld nicht zu Ungunsten der Wittwen- und Waisen

(Nr. 9727.)

geändert werden, der Staatszuschuß weitergezahlt, den nachbezeichneten Landestirchen jedoch nur in Höhe folgender Jahresbeträge:

.1)	der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Han-	
	nover mit	66 993 Mart,
2)	den evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorial-	M ma
	bezirks Cassel mit	42 068
3)	der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Wies-	Tallalish dina
	baden mit	17013 -
4)	der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Han-	

7505

Macht die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen von dem Künbigungsrecht Gebrauch, so kann sie durch Kirchengeset die bisher für den Pfarrwittwen- und Waisensonds der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen in Geltung gewesene kirchengesetzliche Ordnung wieder in Kraft setzen, und sinden alsdann auch die hierfür maßgebend gewesenen staatsgesetzlichen Bestimmungen wieder Unwendung.

nover mit

Artifel 11.

Der Beschluß des Verwaltungsausschusses über die Höhe des Kapitalantheils, welcher gemäß $\S.$ 17 des Kirchengesetz, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisensonds einer fündigenden Landeskirche ausgezahlt werden muß, ist der letzteren, und zwar für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen dem Evangelischen Oberkirchenrath, für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover dem Landeskonsistorium und für die übrigen Landeskirchen den betreffenden Konsistorien zuzustellen.

Gegen diesen Beschluß findet mit Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges die Klage bei dem Oberverwaltungsgericht statt. Sie ist von der Behörde, welcher der Beschluß zugestellt ist, binnen drei Monaten nach der Zustellung zu

erheben und gegen den Pfarrwittwen- und Waisenfonds zu richten.

Artifel 12.

Die Verpflichtung des Staates, den Wittwen der Geistlichen im Bereiche des vormaligen Kurfürstenthums Hessen eine Pension von jährlich 225 Mark zu zahlen (§. 89 Absatz 2 des Kurhessischen Staatsdienstgesetzes vom 8. März 1831 — Sammlung von Gesetzen 2c. für Kurhessen 1831 S. 69 ff.) wird aufgehoben.

Die Ansprüche der am 1. April 1895 vorhandenen Wittwen bleiben jedoch

unberührt.

Artifel 13.

Der Nassauische Geistlichen-Centralwittwen- und Waisenfonds wird für den Zutritt weiterer Mitglieder geschlossen. Sein gesammtes Kapitalvermögen,

fowie die ediktmäßig ihm zustehenden eigenen Einnahmen werden dem Centralkirchenfonds überwiesen, wogegen der letztere die sämmtlichen, in den §§. 19 bis 23 des anliegenden Kirchengesetzes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der evangelischen Geistlichen des Konsistorialbezirks Wiesbaden, bezeichneten Verpflichtungen übernimmt.

Auch kann der Centralkirchenfonds dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds

ben im S. 17 bes vorbezeichneten Kirchengesetzes erwähnten Zuschuß leisten.

Artifel 14.

Mit der Ausführung der Artikel 2, 4 Absatz 1 und 2 und Artikel 10 dieses Gesetzes werden der Finanzminister und der Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten beauftragt.

Artifel 15.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1895 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 31. März 1895.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. Thielen. Bosse. Bronsart v. Schellendorff. v. Köller. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt.

Protes auf die gedeundige Pauer der Inschlieffelbe zu vähliger Streeblunden Streeblunden konntruen gehilden. Die Ermidden Reiben in lange Wendurder des Armallunden

innienden Geschafte bestehen. Er vorde burn Mermitchung ber zuständeren Africhens

Mirchengeset,

betreffend

die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisenfonds.

Vom 31. März 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, unter Zustimmung der Generalsynode für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen, was folgt:

S. 1.

Der in Gemäßheit der Kirchengesetze vom 15. Juli 1889, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen (Kirchliches Gesetze und Verordnungsblatt S. 37), und vom 30. März 1892 wegen Abänderung einiger Vestimmungen dieses Gesetzes (Kirchliches Gesetze und Verordnungsblatt S. 53) gebildete Pfarrwittwenz und Waisensonds wird als ein selbständiger kirchlicher Fonds nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen von einem Vorstande und einem Verwaltungsausschusse verwaltet.

§. 2.

Der Vorstand des Pfarrwittwen- und Waisenfonds besteht aus dem vom König zu ernennenden Vorsitzenden und einem im Falle seiner Behinderung eintretenden Stellvertreter, sowie zwei Mitgliedern. Der Stellvertreter und die Mitglieder werden vom König auf Vorschlag des Evangelischen Oberkirchenraths ernannt.

Der Verwaltungsausschuß wird aus 25 von der Generalsunde aus ihrer Mitte auf die jedesmalige Dauer der Synodalperiode zu wählenden Synodalbeputirten gebildet. Die Gewählten bleiben so lange Mitglieder des Verwaltungsausschuffes, dis eine Neuwahl erfolgt ist. Für den Fall, daß die Gewählten die Synodalangehörigkeit verlieren oder behindert sind, an den Verathungen des Verwaltungsausschuffes Theil zu nehmen, werden ebensoviele Stellvertreter gewählt, welche in einer dei der Wahl zu bestimmenden Reihenfolge einberufen werden.

S. 3.

Der Vorstand vertritt den Pfarrwittwen- und Waisenfonds und führt die lausenden Geschäfte desselben. Er sorgt durch Vermittelung der zuständigen Kirchen-

behörde für die Einziehung der gesetzlich an den Pfarrwittwens und Waisenfonds zu leistenden Beiträge und für die Auszahlung der gesetzlichen Wittwens und Waisengelder. Er stellt den Etat des Fonds auf und legt alljährlich dem Verwaltungsausschusse die Rechnung über das abgelausene Rechnungsjahr zur Absnahme vor.

S. 4

Hinsichtlich der Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisensonds, sowie hinsichtlich der Grundsätze, welche für die Rechte und Pflichten der Geistlichen und ihrer Hinterbliebenen gegenüber dem Fonds und für die Rechtsverhältnisse der Kirchengemeinden ihm gegenüber maßgebend sind, bleiben, soweit dieses Gesetz nicht ein Anderes bestimmt, die bisher maßgebend gewesenen Vorschriften so lange in Kraft, als nicht auf dem in diesem Gesetz vorgeschriebenen Wege eine Absänderung erfolgt.

S. 5.

Der Verwaltungsausschuß, welcher sich auf Einladung des Vorstandes alljährlich mindestens einmal versammelt, wählt aus seinen Mitgliedern seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Seine Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt, wobei im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Der Verwaltungsausschuß hat zu beschließen:

1) über Feststellung des Stats und Abnahme der Rechnung der abgelaufenen Rechnungsperiode,

2) über Erhöhung der den Wittwen und Waisen zu gewährenden Bezüge,

- 3) über Verminderung der den Geistlichen und den Kirchengemeinden obliegenden Leistungen an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds,
- 4) über Abanderung der im S. 4 diefes Gesetges bezeichneten Grundsate,
- 5) über wichtige Angelegenheiten der Fondsverwaltung, welche ihm von dem Vorstande zur Beschlußfassung vorgelegt oder innerhalb des Ausschusses angeregt werden.

S. 6.

Die Mitglieder des Vorstandes können an den Verhandlungen des Verwaltungsausschusses mit berathender Stimme Theil nehmen und müssen jederzeit gehört werden.

Die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses bedürfen, abgesehen von der Rechnungsabnahme, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Vorstandes und im

Falle des S. 5 Ziffer 2 und 3 einer zweimaligen Lesung.

S. 7.

Der Vorstand beschließt unter Mitwirkung des Verwaltungsausschusses an Stelle des Evangelischen Oberkirchenraths und des Generalspnodalvorstandes (Nr. 9727.)

über die nach §. 20 des Kirchengesetzes vom 30. März 1892 wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889, betreffend die Fürsforge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen (Kirchliches Gesetze und Versordnungsblatt S. 53), zulässige zeitweilige Erhöhung der Pfarrbeiträge und zeitzweilige Anrechnung derjenigen Bezüge, welche den Wittwen und Waisen mit Rücksicht auf das geistliche Amt des verstorbenen Geistlichen oder Emeriten aus anderen als privatrechtlichen Titeln zustehen.

S. 8.

Eine Erhöhung der den Geistlichen und Gemeinden durch die bisher erlassenen Gesetze auferlegten Leistungen an den Pfarrwittwen- und Waisensonds, sowie eine Verminderung der den Wittwen und Waisen nach Maßgabe der bisher erlassenen Gesetze zustehenden Bezüge an Wittwen- und Waisengeld ist nur im Wege der Kirchengesetzebung zulässig.

6. 9.

Der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, der evangelischlutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein, den evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Cassel, der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Wiesbaden und der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Hannover wird es freigestellt, unter folgenden Voraussetzungen an den Pfarrwittwen- und Waisensonds sich anzuschließen:

1) durch ein für die betreffende Landeskirche zu erlassendes Kirchengesetz werden die Bezüge der Wittwen und Waisen, sowie die Leistungen der Geistlichen und Gemeinden in Art und Höhe entsprechend den für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen disher erlassenen Gesetzen sestgeset, und es wird der Anschluß an den Pfarrwittwenund Waisensonds nach Maßgabe des altländischen, über die Verwaltung dieses Fonds erlassenen Kirchengesetzes erklärt;

2) durch ein Staatsgesetz werden dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds Staatszuschüsse überwiesen, welche sich für die einzelnen betheiligten Landestirchen mindestens auf folgende jährliche Beträge belaufen:

a)	für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz	
	Hannover auf	107 198 Marf,
b)	für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz	hip kera shungray
	Schleswig-Holstein auf	63 441
c)	für die evangelischen Kirchengemeinschaften des	
	Konfistorialsbezirks Cassel auf	63 004
d)	für die evangelische Kirche des Konsistorialbezirks	
	Wiesbaden auf	26 537
e)	für die evangelisch-reformirte Kirche der Provinz	
	Hannover auf	1/359

§. 10.

Der Anschluß einer der im S. 9 bezeichneten Landeskirchen kann nur vollzogen werden, wenn seitens des Evangelischen Oberkirchenraths in Verbindung mit dem Generalspnodalvorstand, nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes seitens des Verwaltungsausschusses die Erklärung abgegeben wird, daß die im S. 9 bezeichneten Voraussetzungen erfüllt sind.

S. 11.

Ob und unter welchen Bedingungen der Anschluß an den Pfarrwittwenund Waisenfonds auch anderen landeskirchlichen Gemeinschaften gestattet werden kann, entscheidet der Verwaltungsausschuß.

S. 12.

An Stelle einer durch die bisher erlassenen Gesetze bestimmten, den Geistslichen und Gemeinden obliegenden Leistung kann durch Kirchengesetz eine andere Leistung festgesetzt werden, falls dieselbe durch den Verwaltungsausschuß als aleichwerthig anerkannt wird.

S. 13.

Der Pfarrwittwen- und Waisensonds übernimmt von dem Zeitpunkt ab, in welchem ihm für eine der im §. 9 bezeichneten Landeskirchen der daselbst vorgesehene jährliche Staatszuschuß und zugleich die Wittwenkassenbeiträge der bei der Allgemeinen Wittwenverpslegungsanstalt bisher versicherten Geistlichen dieser Kirche von Seiten des Staates überwiesen sein werden, alle Verpflichtungen gegen die gegenwärtig lebenden und die künftigen Wittwen von Geistlichen der betreffenden Landeskirche, welche der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt die dahin obgelegen haben.

S. 14.

Im Falle des im §. 10 bezeichneten Anschlusses treten dem Vorstand zwei weitere, vom König auf Vorschlag des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zu ernennende Mitglieder hinzu. Außerdem hat die synodale Vertretung der betreffenden Landeskirche das Recht, aus ihrer Mitte auf die Dauer der Synodalperiode nach Maßgabe des §. 2 Absat 2 zu wählende Synodaldeputirte beziehungsweise Stellvertreter in den Verwaltungsausschuß zu entsenden.

Die Zahl der Synodalbeputirten wird festgesett:

- a) für die Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover auf. 6 Mitglieder,
- b) für die Gesammtspnode der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein auf...... 4
- c) für die Gesammtspnode des Konsistorialbezirks Cassel auf 4
- d) für die Bezirkssynode des Konsistorialbezirks Wiesbaden auf 2

22

S. 15.

Die Legitimation der in den Verwaltungsausschuß gewählten Synodalvertreter erfolgt durch eine Bescheinigung, welche von der zuständigen Kirchenbehörde auszustellen und durch Vermittelung des Vorstandes dem Verwaltungsausschuß vorzulegen ist.

S. 16.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses erhalten Tagegelder und Neisekostenvergütung aus der Kasse der synodalen Vertretung der betreffenden Landeskirche nach den für die Mitglieder derselben geltenden Vorschriften. Die übrigen

Rosten der Verwaltung trägt der Pfarrwittwen- und Waisenfonds.

Den synobalen Vertretungen der an dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds betheiligten Landeskirchen sind die von dem Verwaltungsausschuß abgenommenen Rechnungen über die Verwaltung des Fonds durch die Vermittelung der zusständigen Kirchenbehörden mitzutheilen.

S. 17.

Jeder Landeskirche, welche an dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds betheiligt ist, steht es frei, ihr Gemeinschaftsverhältniß zu dem Fonds durch Kirchen-

gesetz zu fündigen.

Die Kündigung hat zur Folge, daß von dem 1. April desjenigen Jahres ab, welches auf das Intrafttreten des betreffenden Kirchengesetzes folgt, die sämmtlichen für den Pfarrwittwen- und Waisenfonds entstandenen, oder später entstehenden Verpflichtungen gegen Wittwen und Waisen der betreffenden Landestirche auf diese selbst übergehen, wogegen von demselben Zeitpunkt ab der für sie bestimmte Staatszuschuß nicht mehr an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds gezahlt wird und die Geistlichen und Gemeinden dieser Landeskirche von allen Beiträgen an den Fonds frei werden.

Von dem zur Zeit des Ausscheidens vorhandenen Vermögen des Pfarrwittwen- und Waisensonds erhält die kündigende Landeskirche einen Antheil aus-

bezahlt, dessen Höhe dadurch ermittelt wird, daß

- I. auf Grund der abgenommenen Jahresrechnungen für jede betheiligte Landeskirche die Summe der während der Dauer des Gemeinschaftsverhältnisses von ihr zu dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds gemachten Einschüsse berechnet,
- II. hiervon die Summe der den Wittwen und Waisen jeder Landeskirche gewährten Bezüge abgerechnet wird, und
- III. die hiernach für jede Landeskirche ermittelten Beträge den Theilungsmaßstab bilden.

Der etwa verbleibende Ueberschuß des Fonds wird unter Zugrundelegung eines zu ermittelnden durchschnittlichen Zinsfußes und unter Berücksichtigung des Zeitpunkts der Entstehung der einzelnen Jahresüberschüsse entsprechend getheilt.

Heber die Höhe des hiernach auszugahlenden Kapitalantheils beschließt der Verwaltungsausschuß.

S. 18.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Kirchengesetzes wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, ben 31. März 1895.

(L. S.) Wilhelm.

Barthausen.

Anlage 2.

Airdengeset,

betreffend

die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischlutherischen Kirche der Proving Hannover.

Vom 31. März 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen in Betreff der Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen ber evangelisch-lutherischen Kirche ber Proving Hannover, mit Zustimmung ber Landessynode, was folgt:

S. 1.

Die Wittwen und die hinterbliebenen, noch nicht achtzehn Jahre alten ehelichen Kinder dorjenigen Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Proving Hannover, welchen, wenn fie zur Zeit ihres Ablebens in den Ruheftand versetzt waren, nach der Emeritirungsordnung vom 16. Juli 1873 (Gesetz-Samml. S. 386) ein lebenslängliches Ruhegehalt aus dem Emeritirungsfonds hätte gewährt werden muffen, beziehungsweise welche im Falle ihrer Bersetzung auf eine andere Stelle nach den Vorschriften der Emeritirungsordnung behandelt worden (Nr. 9727.)

wären, oder welche nach Erlaß bieses Gesetzes in den Ruhestand versetzt worden sind und zur Zeit ihres Ablebens das gesetzliche Ruhegehalt beziehen, erhalten Wittwen- und Waisengeld nach Maßgabe der in den SS. 3 ff. nachstehenden Bestimmungen.

§. 2.

In Fällen, wo das firchliche Interesse es wünschenswerth erscheinen läßt, ist das Landeskonsistorium ermächtigt, auf Grund besonderer Vereinbarungen die Gewährung eines solchen Wittwen- und Waisengeldes auch für die Hinterbliebenen dersenigen Geistlichen zuzusichern, welche entweder auf Grund des Artikels I des Kirchengesetzes vom 19. Februar 1894, betreffend die Abänderung der Emeritirungsordnung (Gesetz-Samml. S. 15), dem Emeritirungsfonds beigetreten oder unter Bestätigung beziehungsweise durch Ernennung seitens des Landeskonssischolsseischungsweise durch Ernennung seitens des Landeskonssischolsseischung bei einer der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover angeschlossenen evangelisch-lutherischen Gemeinde außerhalb Deutschlands angestellt sind. Die Betheiligten haben dabei die Verpflichtung zur Zahlung eines Beistrages zu übernehmen, der den Beiträgen gleichwerthig ist, welche die in §. 1 genannten Geistlichen der Kirchengemeinden zu leisten haben. Die Erfüllung dieser Verpflichtung dis zum Ableben des betreffenden Geistlichen bildet die rechtzliche Voraussehung dies Wittwen- und Waisengeldes.

§. 3.

Das Wittwengeld beträgt bei einem Dienstalter des verstorbenen Geistlichen ober Emeriten:

		bis 3	um	vollendeten	10.	Dienstjahre	 ٠			600	Mark,
pom	10.	ø	# 1	×	20.	- E		 		700	=
ø	20.	ø	ø	al .	30.	s				800	d
	30.									900	
	35.	d	d	si	40.	d			 1	000	4
st	40.	gl	ø	ø	45.					100	
nod	mehr	: alŝ	45	Dienstiahre	11						

Auf das Dienstalter werden nur solche Dienstjahre angerechnet, welche nach dem Intrafttreten dieses Gesetzes zurückgelegt werden (vergl. jedoch §§. 13, 15, 16).

S. 4.

Das Waisengelb beträgt:

1) für Kinder, beren Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Geistlichen zum Bezug des Wittwengeldes berechtigt war, 200 Mark für jedes Kind,

2) für Kinder, deren Mutter nicht mehr lebt oder zur Zeit des Todes des Geistlichen zum Bezuge von Wittwengeld nicht berechtigt war, 300 Mark für jedes Kind.

Waisen, deren Mutter zum Bezuge des Wittwengeldes nur deshalb nicht berechtigt ist, weil der Geistliche auf dasselbe verzichtet hatte, erhalten das

Waisengeld der Ziffer 1.

§. 5.

Der Gesammtbetrag bes den Waisen eines Geistlichen oder Emeriten zu zahlenden Waisengeldes darf im Falle des S. 4 Ziffer 1 1000 Mark, im Falle des S. 4 Ziffer 2 und, wenn beide Fälle zusammentressen, 1500 Mark nicht übersteigen.

Bei Anwendung biefer Beschränkung wird das Waisengeld verhältniß-

mäßig gefürzt.

S. 6.

Bei dem Ausscheiden eines Waisengeldberechtigten erhöht sich das Waisengeld der verbleibenden Berechtigten von dem nächstfolgenden Kalendervierteljahr an insoweit, als sie sich noch nicht im vollen Genuß der ihnen nach §. 4 gebührenden Beträge besinden.

S. 7.

War die Wittwe mehr als fünfzehn Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das nach Maßgabe des S. 3 berechnete Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über fünfzehn dis einschließlich fünfundzwanzig Jahre um ein Vierzigstel gefürzt.

S. 8.

Keinen Anspruch auf Wittwengeld hat die Wittwe, wenn die She mit dem verstorbenen Geistlichen innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen war und das Landeskonsistorium durch einen nach Anhörung des Bezirkspynodalausschusses zu fassenden Beschluß die Ueberzeugung ausspricht, daß die Sheschließung zu dem Zwecke erfolgt sei, um der Wittwe den Bezug des Wittwenzelbes zu verschaffen.

Keinen Anspruch auf Wittwen- und Waisengelb haben die Wittwen und hinterbliebenen Kinder eines Geistlichen aus einer She, welche erst nach dessen

Bersetzung in den Ruhestand geschlossen ift.

§. 9.

Die Zahlung des Wittwen- und Waisengeldes beginnt mit dem Ablauf der den Hinterbliebenen von Pfarrern und Emeriten zustehenden Gnadenzeit und erfolgt für jedes Kalendervierteljahr bei Beginn desselben bei der Kasse des Konssistoriums oder nach Verlangen der Berechtigten auf deren Gefahr und Kosten durch die Post gegen Vorlegung gehörig bescheinigter Quittungen.

Un wen die Zahlung gultig zu leisten ift, bestimmt das Konsistorium.

Der Anspruch auf die Leistung des einzelnen Theilbetrages von Wittwens und Waisengeld erlischt zu Gunsten des Pfarrwittwens und Waisensonds, wenn der Betrag innerhalb vier Jahren von Ablauf des Kalenderjahres an, in welchem er fällig wurde, nicht abgehoben ist.

(Nr. 9727.)

S. 10.

Das Necht auf den Bezug des Wittwen- und Waisengeldes erlischt: I. für jeden Berechtigten mit Ablauf des Kalendervierteljahres,

1) in welchem er sich verheirathet oder stirbt,

- 2) in welchem ihm der Anspruch wegen unwürdigen Wandels nach Anhörung des durch das letzte Amt des verstorbenen Geistlichen bezeichneten Bezirkssynodalausschusses durch Beschluß des Konssisteriums entzogen wird. Auf erhobene Beschluß des Konssisteriums entzogen wird. Auftellung des Beschlusses zulässig ist, entscheidet das Landeskonsisterium endgültig. Bei nachhaltiger Besserung darf der entzogene Anspruch auf Antrag des Bezirkssynodalausschusses nach Anhörung des Konsisteriums durch das Landeskonsisterium wiedergewährt werden.
- II. Für jede Waise außerdem mit Ablauf des Monats, in welchem sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet.

S. 11.

Behufs Durchführung der Fürsorge für die Wittwen und Waisen wird die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover nach Maßgabe des Kirchengesetzes für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen vom 31. März 1895, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisensonds (Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt des Evangelischen Oberkirchenraths S. 17), an diesen Fonds angeschlossen.

S. 12.

Die im §. 1 bezeichneten Geistlichen und Emeriten, serner die Hinterbliebenen berselben, so lange sie die Gnadenzeit genießen, sowie die erledigten Pfarrstellen sind verpflichtet, einen jährlichen Beitrag von zwei Prozent des Diensteinkommens beziehungsweise des Nuhegehalts, welches sie beziehen, an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds zu leisten.

In den Ruhestand versetzte Geistliche, welche weder verheirathet sind, noch eheliche Kinder unter achtzehn Jahren besitzen, sind von vorstehender Verpflichtung von dem Zeitpunkte ab entbunden, wo die vorgedachten Voraussetzungen zu-

sammentreffen.

Der Pfarrbeitrag ist von dem durch 100 Mark theilbaren Gesammtbetrage des Sinkommens zu berechnen und zu je einem Viertel in den ersten Tagen eines jeden Kalendervierteljahres portosrei an die Kasse des Konsistroriums einzuzahlen.

S. 13.

Diesenigen Geistlichen, welche beim Inkrafttreten dieses Gesetzes ober bei künftigem Eintritt in ein nach §. 1 Rechte auf Wittwen- und Waisengeld gewährendes Amt bereits ein für Verechnung des Wittwengeldes in Vetracht

kommendes Dienstalter haben, können, um die Anrechnung der gesammten früheren Dienstzeit zu Gunsten ihrer künftigen Bittwe zu erlangen, den Pfarzbeitrag für die gesammte anzurechnende Dienstzeit in Jahresbeiträgen, welche mindestens ihrem laufenden Beitrage gleichkommen, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen nachzahlen:

a) Für die Dauer des gegenwärtig bezogenen Diensteinkommens ist ein Pfarrbeitrag von drei Prozent desselben nachzuzahlen.

Wenn ein Geistlicher oder Emeritus für die Dienstzeit nach vollendetem 30. Dienstjahre den Nachweis führt, daß er von seinem früheren Diensteinkommen bei der Berechnung eines Pfarrbeitrages von drei Prozent einen nach dem Ermessen des Konsistoriums erheblich geringeren Jahresbeitrag nachzuzahlen haben würde, so ist dasselbe ermächtigt, die Nachzahlung dieses geringeren Beitrages zuzulassen.

S. 14.

Der Zwang zum Eintritt in die bestehenden örtlichen und Bezirkswittwenund Waisenkassen wird für alle nach Erlaß dieses Gesehes in ein bisher beitragspflichtiges Amt berusenen Geistlichen aufgehoben.

S. 15.

Diesenigen Geistlichen und Emeriten, welche am 1. April 1895 Mitglieder ver Allgemeinen Wittwenverpslegungsanstalt sind, werden, wenn sie bis zum Ablauf des sechsten Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für ihre künftigen Wittwen auf das in S. 3 festgesetze Wittwengeld verzichten, bis zu ihrem etwaigen Ausscheiden aus diesem Versicherungsverhältniß von Entrichtung des Pfarrbeitrages auf Höhe von $1^2/_3$ Prozent des Einkommens oder Ruhegehalts befreit. Die Verpslichtung zur Leistung des weiteren ein Drittel Prozents bleibt auch für sie bestehen, wie auch andererseits der Anspruch ihrer etwaigen Hinterbliedenen auf Waisengeld durch jenen Verzicht nicht berührt wird.

Die Nichterklärung des Berzichts hat das Ausscheiben aus der Allgemeinen Wittwenverpslegungsanstalt nach Ablauf des sechsten Monats von Rechtswegen

zur Folge. (Nr. 9727.) Soweit die Geistlichen und Emeriten bei dem Ausscheiden aus der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt ein für die Berechnung des Wittwengeldes anrechnungsfähiges Dienstalter haben, sind sie verpflichtet, den Pfarrbeitrag für die gesammte Dienstzeit gemäß den Bestimmungen des §. 13 nachzuzahlen; auf den nachzuzahlenden Betrag werden ihnen diesenigen Beiträge nach dem Nennwerth angerechnet, welche sie an die Allgemeine Wittwenverpslegungsanstalt zur Versicherung einer am 1. April 1895 lebenden Ehegattin gezahlt haben.

S. 16.

Soweit eine Nachzahlung bei dem Ableben des Geistlichen oder Emeriten für die gesammte Dienstzeit noch nicht erfolgt ist und auch von der Wittwe beziehungsweise den Waisen nicht binnen sechs Monaten nach dem Ableben bewirft wird, hat die Deckung des Fehlbetrages durch Kürzung des Wittwengeldes und, wenn eine Wittwe nicht vorhanden ist, durch Kürzung des Waisengeldes zu erfolgen. Diese Kürzung darf bei einem Wittwengelde dis zu 700 Mark einschließlich den Betrag von 100 Mark jährlich, bei einem höheren Wittwengelde den Betrag von 200 Mark jährlich, bei dem Waisengelde den Betrag von 50 Mark jährlich, für jedes Kind berechnet, im Falle des §. 5 den Betrag von 250 Mark jährlich nicht übersteigen.

S. 17.

In Betreff der Einziehung der bisher der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt zustehenden Wittwenkassenbeiträge finden die Bestimmungen Anwendung, welche für die Einziehung der Pfarrbeiträge maßgebend sind.

§. 18.

Die anderweit nicht zu beckenden Beträge find durch Beiträge der Bezirks-

spnodalkassen aufzubringen.

Der Gesammtbetrag der letzteren wird zunächst auf einen dauernd zu erhebenden Jahresbetrag von einem Prozent der von den Mitgliedern der evangelischlutherischen Kirche der Provinz Hannover aufzubringenden Staatseinkommensteuer

festgesett.

Die Beiträge erfolgen nach dem von der Landessynode mit Genehmigung der Kirchenregierung hierfür festzusehenden Fuße, und dis zu dem Zeitpunkte, wo solche Festsehung erfolgt, nach dem Fuße, welcher für die nach dem Kirchengesetze, betreffend die Errichtung eines Landeskirchenfonds zur Abstellung kirchlicher Nothstände, vom 30. Mai 1894 (Gesetz-Samml. S. 91) zu erhebenden Kirchensteuer gilt. Die Konsistorien sorgen für die Einziehung der festgesetzen Umlage und führen dieselbe an den Pfarrwittwenz und Waisensonds ab.

S. 19.

Falls die Finanzlage des Pfarrwittwen- und Waisenfonds eine Erhöhung der Einnahmen des Fonds nothwendig macht, so ist der Vorstand des Pfarr-

withven. und Waisenfonds ermächtigt, unter Mitwirkung bes Verwaltungs, ausschusses eine zeitweilige Erhöhung der Pfarrbeiträge des §. 12 bis zu zwei weiteren Prozent des Einkommens und des Ruhegehalts eintreten zu lassen.

Unter derselben Boraussetzung ist der Borstand unter Mitwirkung des Verwaltungsausschusses ermächtigt, für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren das Wittwengeld derjenigen Wittwen bis zur Hälfte zu ermäßigen, welchen mit Müchsicht auf das geistliche Umt des verstorbenen Geistlichen oder Emeriten dauernde Bezüge aus anderen als privatrechtlichen Titeln zustehen. Alls solche kommen namentlich in Vetracht örtliche Pfarrwitthümer, Diözesan- und andere Verbandspfarrwittwenkassen, sowie provinzialrechtliche Einrichtungen, nach welchen den Hinterbliebenen von Geistlichen nach Ablauf der Gnadenzeit dauernde Bezüge von der Kirchengemeinde oder aus sonstigen firchlichen Mitteln, z. B. der Pfarrpfründe, zustehen.

Die Ermäßigung erfolgt burch Anrechnung der aus den örtlichen Fonds fließenden Bezüge auf das Wittwengeld. Die Anrechnung ist ausgeschlossen, soweit die Bezüge einer Wittwe aus örtlichen Fonds 200 Mark oder weniger betragen. Im Uebrigen ist die Anrechnung nur dis zur Hälfte der örtlichen Bezüge — unter Freilassung des Mindestbetrages von 200 Mark — zulässig. Auch hat die Anrechnung bei sämmtlichen Fonds stets zu demselben Prozentsaß

zu erfolgen.

S. 20. With Mill State medicate Miles

Das Landeskonsistorium wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

S. 21.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengesetz in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 31. März 1895.

(L. S.) werd to Wilhelm.

Bosse.

Rird, engefet,

betreffend

die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischlutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein.

Vom 31. März 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen mit Zustimmung der Gesammtspnode der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein, mit Zustimmung Unseres Staatsministeriums, und nachdem durch die Erklärung desselben festgestellt worden, daß gegen dieses Geset von Staatswegen nichts zu erinnern ist, für die genannte Kirche, was folgt:

S. 1.

Die Wittwen und die hinterbliebenen noch nicht achtzehn Jahre alten ehelichen Kinder der in dem Pfarramte einer Kirchengemeinde oder als Lehrer einer theologischen Lehranstalt der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein unter Bestätigung des Kirchenregiments auf Lebenszeit angestellten Geistlichen erhalten, wenn diese Geistlichen im Amt versterben oder nach Inkrafttreten dieses Gesehes in den Ruhestand verseht werden und zur Zeit ihres Ablebens das gesehliche Ruhegehalt beziehen, Wittwen- und Waisengeld nach Maßgabe der in §S. 3 ff. nachstehenden Bestimmungen.

S. 2.

In Fällen, wo das firchliche Interesse es wünschenswerth erscheinen läßt, ist das Konsistorium ermächtigt, auf Grund besonderer Vereinbarungen, falls seitens der Vetheiligten die Verpstichtung zur Zahlung eines Veitrages übernommen wird, welcher den von den Geistlichen der Kirchengemeinden zu leistenden Veiträgen gleichwerthig ist, die Gewährung eines Wittwen- und Waisengeldes auch für die Hinterbliebenen derjenigen Geistlichen zuzusichern, welche bei Anstalten oder Vereinen der inneren oder äußeren Mission innerhalb der Provinz Schleswig-Holstein angestellt sind, sofern letztere Korporationsrechte besitzen.

§. 3.

Das Wittwengeld beträgt bei einem Dienstalter des verstorbenen Geistlichen ober Emeriten:

bis zum vollendeten 10. Dienstjahre	600 Mart,
pom 10.	700
20.	800
30	900
40.	1 000
40. 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	
von mehr als 45 Dienstjahren	1 200 .

Auf das Dienstalter werden nur folche Dienstjahre angerechnet, welche nach dem Inkrafttreten dieses Gesches zurückgelegt worden sind (vergl. jedoch \$6. 13 bis 15). The second representation of the first of

Das Waisengeld beträgt:

1) für Kinder, deren Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Geiftlichen zum Bezug des Wittwengeldes berechtigt war, 200 Mark für jedes Rind,

2) für Kinder, deren Mutter nicht mehr lebt, oder zur Zeit des Todes bes Geistlichen zum Bezuge von Wittwengeld nicht berechtigt war, 300 Mark für jedes Kind.

Waisen, deren Mutter zum Bezuge des Wittwengeldes nur beshalb nicht berechtigt ift, weil der Geiftliche auf dasselbe verzichtet hatte, erhalten das Waisengeld der Ziffer 1.

S. 5.

Der Gesammtbetrag des den Waisen eines Geistlichen oder Emeriten zu gahlenden Waisengeldes darf im Falle des S. 4 Biffer 1 1000 Mark, im Falle des S. 4 Ziffer 2 und, wenn beide Fälle zusammentreffen, 1500 Mark nicht übersteigen.

Bei Unwendung biefer Beschränkung wird das Baisengeld verhältnißmäßig

gefürzt.

6. 6.

Bei dem Ausscheiden eines Waisengeldberechtigten erhöht sich das Waisengeld der verbleibenden Berechtigten von dem nächstfolgenden Kalendervierteljahr an insorveit, als sie sich noch nicht im vollen Genuß der ihnen nach S. 4 gebührenden Beträge befinden.

§. 7.

War die Wittwe mehr als fünfzehn Jahre junger als der Verftorbene, so wird das nach Maßgabe des S. 3 berechnete Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über fünfzehn bis einschließlich fünfundzwanzig Jahre um ein Bierzigstel gefürzt. §. 8.

Reinen Anspruch auf Wittwengeld hat die Wittwe, wenn die Che mit dem verftorbenen Geistlichen innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben ge-(Nr. 9727.)

schlossen war und das Konfistorium durch einen nach Anhörung des Ausschusses der Propsteisunode zu fassenden Beschluß die Ueberzeugung ausspricht, daß die Scheschließung zu dem Zweck erfolgt sei, um der Wittwe den Bezug des Wittwengeldes zu verschaffen.

Keinen Anspruch auf Wittwen- und Waisengeld haben die Wittwen und die hinterbliebenen Kinder eines Geistlichen aus einer Che, welche erft nach bessen

Bersetzung in den Ruhestand geschlossen ist.

§. 9.

Die Zahlung des Wittwen- und Waisengeldes beginnt mit dem Ablauf der den Hinterbliebenen von Pfarrern und Emeriten zustehenden Gnadenzeit und erfolgt für jedes Kalendervierteljahr bei Beginn desselben bei der Kasse des Konsisteriums oder nach Verlangen der Berechtigten auf deren Gefahr und Rosten durch die Post gegen Vorlegung gehörig bescheinigter Quittungen.

Un wen die Zahlung gültig zu leiften ift, bestimmt das Konsistorium.

Der Anspruch auf die Leistung des einzelnen Theilbetrages von Wittwenund Waisengeld erlischt, wenn derselbe während vier Jahren von Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Theilbetrag fällig geworden ist, nicht abgehoben ist, zu Gunsten des Pfarrwittwen- und Waisenfonds.

S. 10.

Das Recht auf den Bezug des Wittwen- und Waisengeldes erlischt:

- I. für jeden Berechtigten mit Ablauf des Kalendervierteljahres,
 - 1) in welchem er sich verheirathet oder stirbt,
 - 2) in welchem ihm der Anspruch wegen unwürdigen Wandels nach Alnhörung des durch das letzte Amt des verstorbenen Geistlichen bezeichneten Propsteispnodalausschusses durch Beschluß des Konsisteriums entzogen wird, bei nachhaltiger Besserung darf der entzogene Anspruch auf Antrag des Propsteispnodalausschusses durch das Konsisterium wieder gewährt werden;
- II. für jede Waise außerdem mit Ablauf des Monats, in welchem sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet.

S. 11.

Behufs Durchführung der Fürsorge für die Wittwen und Waisen wird die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein nach Maßgabe des Kirchengesetes für die evangelische Landestirche der älteren Provinzen vom 31. März 1895, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisensonds iKirchliches Gesep- und Verordnungsblatt des Evangelischen Oberfirchenraths S. 17), an diesen Fonds angeschlossen.

§. 12.

Die im S. 1 bezeichneten Geistlichen und Emeriten, ferner die Hinterbliebenen berselben, so lange sie die Gnadenzeit genießen, sowie die erledigten Pfarrstellen sind verpflichtet, einen jährlichen Beitrag von zwei Prozent des Diensteinstommens beziehungsweise des Ruhegehalts, welches sie beziehen, an den Pfarrwittwen- und Waisensonds zu leisten.

In den Ruhestand versetzte Geistliche, welche weder verheirathet sind, noch eheliche Kinder unter achtzehn Jahren besitzen, sind von vorstehender Verpflichtung von dem Zeitpunkte ab entbunden, wo die vorgedachten Voraussetzungen zu-

sammentreffen.

Der Pfarrbeitrag ist von dem durch 100 Mark theilbaren Gesammtbetrage des Einkommens zu berechnen und zu je einem Viertel in den ersten Tagen jedes Kalendervierteljahres portofrei an die Kasse des Konsistoriums zu Kiel einzuzahlen.

§. 13.

Diesenigen Geistlichen, welche beim Inkrafttreten bieses Gesehes ober bei künftigem Eintritt in ein nach S. 1 Rechte auf Wittwen- und Waisengeld ge- währendes Amt bereits ein für Berechnung des Wittwengeldes in Betracht kommendes Dienstalter haben, können, um die Anrechnung der gesammten früheren Dienstzeit zu Gunsten ihrer künftigen Wittwe zu erlangen, den Pfarr- beitrag für die gesammte anzurechnende Dienstzeit in Jahresbeiträgen, welche mindestens ihrem laufenden Beitrage gleichkommen, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen nachzahlen:

a) Für die Dauer des gegenwärtig bezogenen Diensteinkommens ist ein

Pfarrbeitrag von drei Prozent desselben nachzuzahlen.

Wenn ein Geistlicher oder Emeritus für die Dienstzeit nach vollendetem 30. Dienstjahre den Nachweis führt, daß er von seinem früheren Diensteinkommen bei der Berechnung eines Pfarrbeitrages von drei Prozent einen nach dem Ermessen des Konsistoriums erheblich geringeren Jahresbeitrag nachzuzahlen haben würde, so ist dasselbe ermächtigt, die Nachzahlung dieses geringeren Beitrages zuzulassen.

(Nr. 9727.)

S. 14.

Diesenigen Geistlichen und Emeriten, welche am 1. April 1895 Mitglieder ber Allgemeinen Wittwenverpslegungsanstalt sind, werden, wenn sie bis zum Ablauf des sechsten Monats nach Inkrafttreten dieses Gesches für ihre künstigen Wittwen auf das in §. 3 festgesetzte Wittwengeld verzichten, bis zu ihrem etwaigen Ausscheiden aus diesem Versicherungsverhältniß von Entrichtung des Pfarrbeitrages auf Höhe von $1^2/_3$ Prozent des Einkommens oder Ruhegehalts befreit. Die Verpsslichtung zur Leistung des weiteren ein Drittel Prozents bleibt auch für sie bestehen, wie auch andererseits der Anspruch ihrer etwaigen Hinterbliebenen auf Waisengeld durch jenen Verzicht nicht berührt wird.

Die Nichterklärung des Verzichts hat das Ausscheiden aus der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt nach Ablauf des sechsten Monats von Rechtswegen

zur Folge.

Soweit die Geistlichen und Emeriten bei dem Ausscheiden aus der Allsgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt ein für die Berechnung des Wittwengeldes anrechnungsfähiges Dienstalter haben, sind sie verpflichtet, den Pfarrbeitrag für die gesammte Dienstzeit gemäß den Bestimmungen des §. 13 nachzuzahlen; auf den nachzuzahlenden Betrag werden ihnen diesenigen Beiträge nach dem Nennswerth angerechnet, welche sie an die Allgemeine LBittwenverpflegungsanstalt zur Versicherung einer am 1. April 1895 lebenden Shegattin gezahlt haben.

S. 15.

Soweit eine Nachzahlung (§§. 13 und 14) bei dem Ableben des Geistlichen oder Emeriten für die gesammte Dienstzeit noch nicht erfolgt ist und auch von der Wittwe beziehungsweise den Waisen nicht binnen sechs Monaten nach dem Ableben bewirkt wird, hat die Deckung des Fehlbetrages durch Kürzung des Wittwengeldes und, wenn eine Wittwe nicht vorhanden ist, durch Kürzung des Waisengeldes zu erfolgen. Diese Kürzung darf bei einem Wittwengelde bis zu 700 Mark einschließlich den Betrag von 100 Mark jährlich, bei einem höheren Wittwengelde den Vetrag von 200 Mark jährlich, bei dem Waisengelde den Vetrag von 50 Mark jährlich, für jedes Kind berechnet, im Falle des §. 5 den Vetrag von 250 Mark jährlich nicht übersteigen.

S. 16.

In Betreff der Einziehung der bisher der Allgemeinen Wittwenverpflegungsauftalt zustehenden Wittwenkassenbeiträge finden die Bestimmungen Anwendung, welche für die Einziehung der Pfarrbeiträge maßgebend sind.

Bum Beitritt zu ber Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt werben die

in S. 1 bezeichneten Geiftlichen fürchlicherseits ferner nicht verpflichtet.

The first transport of the AC S. 17. 9 compared the

Die Gesammtsunodalkasse leistet dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds einen Beitrag, welcher zunächst auf den dauernd zu erhebenden Jahresbetrag

von ein Prozent der von den Mitgliedern der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein aufzubringenden Staatseinkommensteuer sestgesetzt wird.

Das Konsistorium forgt für die Einziehung dieses Beitrages und führt

ihn an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds ab.

S. 18.

Reichen die dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds durch das Gesetzur Verfügung gestellten Mittel zur Erfüllung seiner Verpslichtungen nicht aus, so ist der Vorstand des Fonds ermächtigt, unter Mitwirkung des Verwaltungs- ausschlusses eine zeitweilige Erhöhung der Pfarrbeiträge des §. 12 bis zu zwei weiteren Prozent des Einkommens und des Ruhegehalts eintreten zu lassen.

Unter derselben Voraussehung ist der Vorstand unter Mitwirkung des Verwaltungsausschusses ermächtigt, für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren das Wittwengeld derjenigen Wittwen dis zur Hälfte zu ermäsigen, welchen mit Rücksicht auf das geistliche Almt des verstordenen Geistlichen oder Emeriten dauernde Vezüge aus anderen als privatrechtlichen Titeln zustehen. Als solche kommen namentlich in Vetracht örtliche Pfarrwitthümer, Diözesan- und andere Verbandspfarrwittwenkassen, sowie provinzialrechtliche Einrichtungen, nach welchen den Hinterbliebenen von Geistlichen nach Alblauf der Gnadenzeit dauernde Vezüge von der Kirchengemeinde oder aus sonstigen firchlichen Mitteln, z. V. der Pfarrpfründe, zustehen.

Die Ermäßigung erfolgt durch Anrechnung der aus den örtlichen Fonds fließenden Bezüge auf das Wittwengeld. Die Anrechnung ist ausgeschlossen, soweit die Bezüge einer Wittwe aus örtlichen Fonds 200 Mark oder weniger betragen. Im Uebrigen ist die Anrechnung nur dis zur Hälfte der örtlichen Bezüge — unter Freilassung des Mindestbetrages von 200 Mark — zulässig. Auch hat die Anrechnung bei sämmtlichen Fonds stets zu demselben Prozentsatz zu

erfolgen.

§. 19.

Mit dem Inkrafttreten bieses Gesetzes kommen die Pfarrwittwenabgaben von dem Diensteinkommen der Pfarrstellen, soweit dieselben auf der Königlichen Verordnung vom 17. Februar 1755, auf Bestimmungen, welche in Analogie dieser Verordnung getroffen sind, oder auf den Vorschriften des Dänischen Kirchenrechts beruhen, in Wegfall. Die vorhandenen Wittwen, sowie die Wittwen der am 1. April emeritirten Geistlichen behalten den Anspruch auf die obige Pfarrwittwenabgabe. Dasselbe Recht bleibt den Wittwen der am 1. April 1895 im Amte besindlichen Geistlichen, so lange die letzteren ihre Pfarrstelle nicht wechseln.

§. 20.

Die Mitglieder des Ausschusses der Gesammtsnode haben in der im §. 95 der Kirchengemeindes und Synodalordnung vom 4. November 1876 be(Nr. 9727.) zeichneten Weise an den Entschließungen des Konsistoriums Theil zu nehmen bei

nachfolgenden Entscheidungen:

a) über die Zusicherung eines Wittwen- und Waisengeldes für die Hinterbliebenen derjenigen Geistlichen, welche im Dienste der inneren oder äußeren Mission innerhalb der Proving Schleswig-Holstein angestellt find (§. 2),

b) über eine Beschlußfassung, durch welche die Ueberzeugung des Konfistoriums ausgesprochen wird, daß die Cheschließung zu dem Zwecke erfolgt sei, um der Wittwe den Bezug des Wittwengeldes zu verschaffen (§. 8),

c) über die Entziehung bes Anspruchs an Wittwen- ober Baifengelb

wegen unwürdigen Wandels (§. 10),

d) über die Wiederbewilligung des Anspruchs auf Wittwen- oder Waisengeld, wenn biefer dem Berechtigten wegen unwürdigen Wandels entzogen worden ist (§. 10).

S. 21.

Der Zeitpunkt, mit welchem bieses Kirchengeset in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Urfundlich unter Unjerer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 31. Märg 1895.

(L. S.) Wilhelm.

Bosse.

Anlage 4.

Rirdengeset,

betreffend

die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Kirchengemeinschaften im Bezirt des Konsistoriums zu Cassel.

Bom 31. März 1895. when he don lone

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen für die evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Caffel mit Zustimmung der Gesammtsynode, mit Zustimmung Unferes Staats. ministeriums, und nachdem burch die Erklärung desselben festgestellt worden, daß gegen dieses Gesetz von Staatswegen nichts zu erinnern ist, was folgt:

S. 1.

Die Wittwen und die hinterbliebenen, noch nicht achtzehn Jahre alten eheslichen Kinder der in dem Pfarramte einer Kirchengemeinde oder als Lehrer einer theologischen Lehranstalt der evangelischen Kirchengemeinschaften im Bezirk des Konsistoriums zu Cassel unter Bestätigung des Kirchenregiments auf Lebenszeit angestellten Geistlichen erhalten, wenn diese Gristlichen im Annte versterben oder nach Intrastreten dieses Gesetzes in den Ruhestand versetzt werden und zur Zeit ihres Ablebens das gesetzliche Ruhegehalt beziehen, Wittwens und Waisengetd nach Maßgabe der in §S. 3 ff. nachstehenden Bestimmungen.

§. 2.

In Fällen, wo das firchliche Interesse es wünschenswerth erscheinen läßt, ist das Konsistorium ermächtigt, auf Grund besonderer Bereinbarungen, falls seitens der Betheiligten die Verpflichtung zur Zahlung eines Beitrages übernommen wird, welcher den von den Geistlichen der Kirchengemeinden zu leistenden Beiträgen gleichwerthig ist, die Gewährung eines Wittwen- und Waisengeldes auch für die Hinterbliebenen dersenigen Geistlichen zuzussichern, welche bei Anstalten oder Vereinen der inneren oder äußeren Mission, die innerhalb des Konsistorialbezirks Cassel ihren Sit haben und Korporationsrechte besitzen oder unter Bestätigung des Konsistoriums bei einer den Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks angeschlossenen Deutschen evangelischen Gemeinde außerhalb Deutschlands angestellt sind.

Das Wittwengeld beträgt bei einem Dienstalter des verstorbenen Geistlichen ober Emeriten:

Little.	કાંક રા	nn voll	endeten	10. Die	mstjahre			600	Mark	1
vour 10	li since	a, 155 1	1111.	20.	189 1.15	1. 47. While	1.2% /1	700	,11 M	
- 20	, pt	4	ø	30.				000	3.0	
· 30	16 30	\$1 77 Th	18 BE	35		- (3) Jan		900		
8 35	2.78 (5)	Strange	• 1.0 F	40.	1. 45° 16' 1			000	1 4	
• 40	. =	pt.	e .iii	$45. \leq 6$	🧓 dsir	المراه المراه ا	. i. i. i.	100	; #	
pon me	hr als	45 Die	nstiabre	11			1	200	15	9

Auf das Dienstalter werden nur solche Dienstjahre angerechnet, welche nach Infrafttreten dieses Gesetzes zurückgelegt werden (vergl. jedoch SS. 13 bis 15).

t and where the the section with §. 4.

. Das Waisengeld beträgtrich ist in ihr bit i nogen in it dung bei bit

1) für Kinder, deren Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Geistlichen zum Bezuge des Wittwengeldes berechtigt war, 200 Mark für jedes Kind, Gefeh, Samml. 1895. (Nr. 9727.)

2) für Kinder, beren Mutter nicht mehr lebt ober zur Zeit des Todes des Geistlichen zum Bezuge von Wittwengeld nicht berechtigt war, 300 Mark für jedes Kind.

Waisen, deren Mutter zum Bezuge des Wittwengeldes nur deshalb nicht berechtigt ist, weil der Geistliche auf dasselbe verzichtet hatte, erhalten das Waisengeld der Ziffer 1.

\$. 5: Warren 186 H

Der Gesammtbetrag des den Waisen eines Geistlichen oder Emeriten zu zahlenden Waisengeldes darf im Falle des S. 4 Ziffer 1 1000 Mark, im Falle des S. 4 Ziffer 2 und, wenn beide Fälle zusammentressen, 1500 Mark nicht übersteigen.

Bei Anwendung diefer Beschränkung wird das Waisengeld verhältnißmäßig

gefürzt.

S. 6.

Dei dem Ausscheiben eines Waisengeldberechtigten erhöht sich das Waisengeld der verbleibenden Verechtigten von dem nächstfolgenden Kalendervierteljahr an insoweit, als sie sich noch nicht im vollen Genuß der ihnen nach §. 4 gebührenden Veträge besinden.

S. 7.

War die Wittwe mehr als fünfzehn Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das nach Maßgabe des S. 3 berechnete Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des Alltersunterschiedes über fünfzehn dis einschließlich fünfundzwanzig Jahre um ein Vierzigstel gefürzt.

S. 8.

Reinen Anspruch auf Wittwengeld hat die Wittwe, wenn die She mit dem verstorbenen Geistlichen innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen war, und das Konsistorium durch einen nach Anhörung des Vorstandes der Diözesanspnode zu fassenden Beschluß die Ueberzeugung ausspricht, daß die Sheschließung zu dem Zwecke erfolgt sei, um der Wittwe den Bezug des Wittwengeldes zu verschaffen.

Reinen Anspruch auf Wittwen- und Waisengeld haben die Wittwen und die hinterbliebenen Kinder eines Geistlichen aus einer She, welche erst nach dessen

Versehung in den Ruhestand geschlossen ist.

S. 9.

Die Zahlung des Wittwen- und Waisengeldes beginnt mit dem Ablauf der den Hinterbliebenen von Pfarrern und Emeriten zustehenden Gnadenzeit und erfolgt für jedes Kalendervierteljahr bei Beginn desselben bei der Kasse des Konssisteriums oder nach Verlangen der Berechtigten auf deren Gefahr und Kosten durch die Post gegen Vorlegung gehörig bescheinigter Quittungen.

Aln wen die Zahlung gultig zu leiften ift, bestimmt das Konsiftorium.

Der Anspruch auf die Leistung des einzelnen Theilbetrages von Wittwens und Waisengeld erlischt, wenn derselbe während vier Jahren von Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Theilbetrag fällig geworden ist, nicht abgehoben ist, zu Gunsten des Pfarrwittwens und Waisensonds.

S. 10.

Das Recht auf den Bezug des Wittwen- und Waisengeldes erlischt: I. für jeden Berechtigten mit Ablauf des Kalendervierteljahres,

1) in welchem er sich verheirathet oder stirbt,

2) in welchem ihm der Anspruch wegen unwürdigen Wandels nach Alnhörung des durch das letzte Amt des verstorbenen Geistlichen bezeichneten Diözesanspnodalvorstandes durch Beschluß des Konssisteriums entzogen wird; bei nachhaltiger Besserung darf der entzogene Anspruch auf Antrag des Diözesanspnodalvorstandes durch das Konsistorium wiedergewährt werden.

II. Für jede Waise außerdem mit Ablauf des Monats, in welchem sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet.

S. 11.

Behufs Durchführung der Fürsorge für die Wittwen und Waisen werden die evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialsbezirks Cassel nach Maßgabe des Kirchengesetzes für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen vom 31. März 1895, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisensonds (Kirchliches Geseh- und Verordnungsblatt des Evangelischen Oberkirchenraths S. 17), an diesen Fonds angeschlossen.

S. 12.

Die im S. 1 bezeichneten Geistlichen und Emeriten, ferner die Hinterbliebenen berselben, so lange sie die Gnadenzeit genießen, sowie die erledigten Pfarrstellen sind verpflichtet, einen jährlichen Beitrag von zwei Prozent des Diensteinkommens beziehungsweise des Ruhegehalts, welches sie beziehen, an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds zu leisten.

In den Ruhestand versetzte Geistliche, welche weder verheirathet sind, noch eheliche Kinder unter achtzehn Jahren besitzen, sind von vorstehender Verpflichtung von dem Zeitpunkte ab entbunden, wo die vorgedachten Voraussetzungen zusammentressen.

Der Pfarrbeitrag ist von dem durch 100 Mark theilbaren Gesammtbetrage bes Einkommens zu berechnen und zu je einem Viertel in den ersten Tagen jedes Kalendervierteljahres portofrei an die Kasse des Konsistoriums zu Cassel einzuzahlen.

S. 13.

Diejenigen Geistlichen, welche beim Inkrafttreten dieses Gesehes oder bei künftigem Eintritt in ein nach \S . 1 Rechte auf Wittwen- und Waisengeld gewährendes Aut bereits ein für Berechnung des Wittwengeldes in Betracht (Nr. 9727.)

kommendes Dienstalter haben, können, um die Anrechnung der gesammten früheren Dienstzeit zu Gunsten ihrer künftigen Wittwe zu erlangen, den Pfarrbeitrag für die gesammte anzurechnende Dienstzeit in Jahresbeiträgen, welche mindestens ihrem laufenden Beitrage gleichkommen, nach Maßgabe der solgenden Bestimmungen nachzahlen:

a) Für die Dauer des gegenwärtig bezogenen Diensteinkommens ift ein

Pfarrbeitrag von drei Prozent desselben nachzuzahlen.

Wenn ein Geistlicher oder Emeritus für die Dienstzeit nach vollendetem breißigsten Dienstjahre den Nachweis führt, daß er von seinem früheren Dienstseinkommen bei der Berechnung eines Pfarrbeitrags von drei Prozent einen nach dem Ermessen des Konsistoriums erheblich geringeren Jahresbeitrag nachzuzahlen haben würde, so ist dasselbe ermächtigt, die Nachzahlung dieses geringeren Beitrages mullassen.

§. 14. 2 mg on hands on he

Diesenigen Geistlichen und Emeriten, welche am 1. April 1895 Mitglieder ber Allgemeinen Wittwenverpslegungsanstalt sind, werden, wenn sie bis zum Alblauf des sechsten Monats nach Infrafttreten dieses Gesetzes für ihre fünstigen Wittwen auf das im S. 3 sestgesetzte Wittwengeld verzichten, bis zu ihrem etwaigen Ausscheiden aus diesem Versicherungsverhältniß von Entrichtung des Pfarrbeitrages auf Höhe von 1²/3 Prozent des Einsommens oder Ruhegehalts befreit. Die Verpssichtung zur Leistung des weiteren ein Drittel Prozents bleibt auch für sie bestehen, wie auch andererseits der Anspruch ihrer etwaigen Hinterbliebenen auf Waisengeld durch jenen Verzicht nicht berührt wird.

Die Nichterklärung des Verzichts hat das Ausscheiben aus der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt nach Ablauf des sechsten Monats von Rechtswegen

zur Folge.

Soweit die Geistlichen und Emeriten bei dem Ausscheiden aus der Allsgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt ein für die Berechnung des Wittwengeldes anrechnungsfähiges Dienstalter haben, sind sie verpflichtet, den Pfarrbeitrag für die gesammte Dienstzeit gemäß den Bestimmungen des §. 13 nachzuzahlen; auf den nachzuzahlenden Betrag werden ihnen diesenigen Beiträge nach dem Rennwerth angerechnet, welche sie an die Allgemeine Wittwenverpflegungsanstalt zur Versicherung einer am 1. April 1895 lebenden Ehegattin gezahlt haben.

S. 15.

Seweit eine Nachzahlung bei dem Ableben des Geiftlichen oder Emeriten für die gesammte Dienstzeit noch nicht erfolgt ist und auch von der Wittwe beziehungsweise den Waisen nicht binnen sechs Monaten nach dem Ableben bewirft wird, hat die Deckung des Fehlbetrages durch Kürzung des Wittwengeldes und, wenn eine Wittwe nicht vorhanden ist, durch Kürzung des Waisengeldes zu erfolgen. Diese Kürzung darf bei einem Wittwengelde dis zu 700 Mark einschließlich den Betrag von 100 Mark jährlich, bei einem höheren Wittwengelde den Betrag von 200 Mark jährlich, bei dem Waisengelde den Betrag von 50 Mark jährlich, für jedes Kind berechnet, im Falle des §. 5 den Betrag von 250 Mark jährlich nicht übersteigen.

S. 16.

In Betreff der Einziehung der bisher der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt zustehenden Wittwenkassenbeiträge finden die Bestimmungen Anwendung, welche für die Einziehung der Pfarrbeiträge maßgebend sind.

Bum Beitritt zu ber Allgemeinen Wittwenverpflegungsanftalt werden die

im S. 1 bezeichneten Geiftlichen firchlicherseits ferner nicht verpflichtet.

S. 17.

Die Gesammtspnodalkasse leistet dem Pfarrwittwen- und Waisenkonds einen Beitrag, welcher dem Jahresbetrag von einem Prozent der von den Mitgliedern der evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Cassel aufzubringenden Staatseinkommensteuer entspricht.

Das Konsiftorium forgt für die Ginziehung des festgesetzten Beitrages und

führt benselben an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds ab.

§: 18.

Neichen die dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds durch das Gesetz zur Verfügung gestellten Mittel zur Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht aus, so ist der Vorstand des Pfarrwittwen- und Waisensonds ermächtigt, unter Mitwirfung des Verwaltungsausschusses eine zeitweilige Erhöhung der Pfarrbeiträge des §. 12 bis zu zwei weiteren Prozent des Einkommens und des Ruhegehalts einkreten

zu laffen.

Unter derselben Voraussehung ist der Vorstand unter Mitwirkung des Verwaltungsausschusses ermächtigt, für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren das Wittwengeld dersenigen Wittwen dis zur Hälfte zu ermäßigen, welchen mit Rücksicht auf das geistliche Amt des verstorbenen Geistlichen oder Emeriten dauernde Bezüge aus anderen als privatrechtlichen Titeln zustehen. Als solche kommen namentlich in Vetracht örtliche Pfarrwitthümer, Diözesans und andere Verbandspfarrwittwenkassen, sowie provinziatrechtliche Einrichtungen, nach welchen den Hinterbliedenen von Geistlichen nach Ablauf der Gnadenzeit dauernde Bezüge von

der Kirchengemeinde oder aus sonstigen firchlichen Mitteln, z. B. der Pfarrpfrunde,

zustehen.

Die Ermäßigung erfolgt durch Anrechnung der aus den örtlichen Fonds fließenden Bezüge auf das Wittwengeld. Die Anrechnung ist ausgeschlossen, soweit die Bezüge einer Wittwe aus örtlichen Fonds 200 Mark oder weniger betragen. Im Uebrigen ist die Anrechnung nur bis zur Hälfte der örtlichen Bezüge — unter Freilassung des Mindestbetrages von 200 Mart — zulässig. Auch hat die Anrechnung bei fämmtlichen Fonds stets zu demselben Prozentsatz zu erfolgen.

6. 19.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengeset in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 31. März 1895.

(L. S.) Wilhelm.

Bosse.

Alulage 5.

Rirchengeset,

betreffend

die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der evangelischen Geistlichen des Konsistorialbezirks Wiesbaden.

Vom 31. März 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen mit Zustimmung der Bezirkssynobe, mit Zustimmung Unseres Staats. ministeriums und nachdem durch die Erklärung desselben festgestellt worden, daß gegen dieses Gesetz von Staatswegen nichts zu erinnern ift, für den Konsistorials bezirk Wiesbaden, was folgt:

G. 1.

Die Wittwen und die hinterbliebenen, noch nicht achtzehn Jahre alten ebelichen Kinder der in dem Pfarramt einer Kirchengemeinde oder als Lehrer einer theologischen Lehranstalt des Konsistorialbezirks Wiesbaden unter Bestätigung der Kirchenregierung auf Lebenszeit angestellten Geistlichen erhalten, wenn diese Geistlichen im Alinte versterben oder nach Intrafttreten dieses Gesetzes in den Rubestand versett werden und zur Zeit ihres Ablebens das gesetzliche Rubegehalt beziehen, oder doch beziehen würden, falls sie nicht wegen der Kürze ihrer Amtsdauer eine Vension überhaupt nicht zu beanspruchen hätten, Wittwen- und Waisengeld nach Massabe der in SS. 3 ff. enthaltenen Bestimmungen.

S. 2.

In Källen, wo das kirchliche Interesse es wünschenswerth erscheinen läßt, ist das Konsistorium ermächtigt, auf Grund besonderer Vereinbarungen, falls seitens der Betheiligten die Verpflichtung zur Zahlung eines Beitrages übernommen wird, welcher den von den Geiftlichen der Kirchengemeinden zu leistenden Beiträgen gleichwerthig ift, die Gewährung eines Wittwen- und Waisengeldes auch für die Hinterbliebenen derjenigen Geiftlichen zuzusichern, welche bei Unstalten oder Vereinen der inneren oder äußeren Mission innerhalb des Konsistorialbezirks Wiesbaden angestellt sind, sofern lettere Körperschaftsrechte besitzen.

Das Wittwengeld beträgt bei einem Dienstalter des verstorbenen Geistlichen oder Emeriten:

	I	bis zum	vollendeten	10.	Dienstjahre		600	Mar	ŧ,
pom			. A (10)						,
ø.	20.	0. 1 B.	ti e e 🖭 i	30.	toria t≢ processo	(t) = (a) a) a (d)	800	17.0	
	30.	1 . 1.	Tigoria ()	35.	7 May 19	ejereje eze jiji	900	1.0	
1	35.	1 1 100	er sjig i Anglijes	40.		aje a atemaji i	1 000	. 4	
			ß						
			Dienstjahren						٠

Auf das Dienstalter werden nur solche Dienstjahre angerechnet, welche nach dem Intrafttreten dieses Gesetzes zurückgelegt worden sind (vergl. jedoch §§. 13 bis 15).

Das Waisengelb beträgt:

1) für Kinder, beren Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Geiftlichen zum Bezug des Wittwengeldes berechtigt war, 200 Mark für jedes Rind,

2) für Kinder, beren Mutter nicht mehr lebt, oder zur Zeit des Todes des Geistlichen zum Bezuge von Wittwengeld nicht berechtigt war, 300 Mark für jedes Kind.

Waisen, beren Mutter zum Bezuge bes Wittwengelbes nur beshalb nicht berechtigt ist, weil der Geistliche auf dasselbe verzichtet hatte, erhalten das Waisengeld der Ziffer 1.

(Nr. 9727.)

n ambladra nabadado §. 5. Der Gesammtbetrag bes ben Waisen eines Beiftlichen ober Emeriten zu gablenden Baisengeldes darf im Falle des S. 4 Biffer 1 1000 Mart, im Falle bes S. 4 Biffer 2 und, wenn beide Falle gufammentreffen, 1500 Mark nicht übersteigen.

Bei Anwendung bieser Beschränfung wird bas Baisengelb verhaltniß.

mäßig gefürzt.

S. 6.

Bei dem Ausscheiden eines Waisengeldberechtigten erhöht sich das Baisengelb ber verbleibenden Berechtigten von dem nachftfolgenden Ralendervierteljahr an insoweit, als sie sich noch nicht im vollen Genuß der ihnen nach §. 4 gebührenden Beträge befinden.

S. 7.

War die Withwe mehr als fünfzehn Jahre junger als der Berftorbene, so wird bas nach Maggabe bes S. 3 berechnete Wittwengeld für jedes angefangene Jahr bes Altersunterschiedes über fünfzehn bis einschließlich fünfundzwanzig Jahre um ein Vierziastel gefürzt.

S. 8.

Keinen Anspruch auf Wittwengeld bat die Wittwe, wenn die Che mit dem verstorbenen Geistlichen innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen war und das Konfistorium durch einen unter Zuziehung des Bezirksipnodals ausschusses zu fassenden Beschluß die Ueberzeugung ausspricht, daß die Ebeschließung zu bem Zwecke erfolgt fei, um der Wittwe den Bezug bes Wittwengeldes zu verschaffen:

Reinen Anspruch auf Wittwen- und Baisengeld haben bie Wittwen und Die hinterbliebenen Rinder eines Beiftlichen aus einer Che, welche erft nach deffen

Bersehung in den Ruhestand geschlossen ift.

S. 9.

Die Zahlung bes Withven- und Waisengelbes beginnt mit dem Ablauf ber den Hinterbliebenen von Pfarrern und Emeriten zustehenden Gnadenzeit und erfolgt für jedes Kalendervierteljahr bei Beginn beffelben bei der Kaffe des Konsistoriums ober nach Berlangen der Berechtigten auf deren Gefahr und Rosten durch die Post gegen Vorlegung gehörig bescheinigter Quittungen.

Un wen die Zahlung gultig zu leiften ift, bestimmt das Konfistorium.

Der Unipruch auf die Leistung des einzelnen Theilbetrages von Withwenund Waijengeld erlijcht, wenn berjelbe während vier Jahren von Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Theilbetrag fällig geworden ift, nicht abgehoben ist, zu Gunsten des Pfarrwittwen- und Waisenfonds.

S. 10.

Das Recht auf den Bezug des Withven- und Waisengeldes erlischt:

- I. für den Berechtigten mit Ablauf des Kalendervierteljahres,
 - 1) in welchem er sich verheirathet oder stirbt,
 - 2) in welchem ihm ber Unspruch wegen unwürdigen Wandels durch einen unter Mitwirkung des Bezirkssynodalausschusses zu fassenden Beschluß des Konsistoriums entzogen wird; bei nachhaltiger Besserung darf der entzogene Unspruch durch einen unter Mitwirkung des Bezirkssynodalausschusses zu fassenden Beschluß des Konsistoriums wieder gewährt werden.
- II. Für jede Waise außerdem mit Ablauf des Monats, in welchem sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet.

S. 11.

Behufs Durchführung der Fürsorge für die Wittwen und Waisen wird die evangelische Kirche des Konsistorialbezirks Wiesbaden nach Maßgabe des Kirchengesetzes für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen vom 31. März 1895, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisensonds (Kirchliches Geset- und Verordnungsblatt des Evangelischen Oberkirchenraths S. 17), an diesen Fonds angeschlossen.

S. 12.

Die in S. 1 bezeichneten Geistlichen und Emeriten, ferner die Hinterbliebenen berselben, so lange sie die Gnadenzeit genießen, sowie die erledigten Pfarrstellen sind verpslichtet, einen jährlichen Beitrag von zwei Prozent des Diensteinkommens beziehungsweise des Ruhegehalts, welches sie beziehen, an den Pfarrwittwen- und Waisensonds zu leisten.

In den Ruhestand versetzte Geistliche, welche weder verheirathet sind, noch eheliche Kinder unter achtzehn Jahren besitzen, sind von vorstehender Verpflichtung von dem Zeitpunkte ab entbunden, wo die vorgedachten Voraussetzungen zusammentressen.

Der Pfarrbeitrag ist von dem durch 100 Mark theilbaren Gesammtbetrage des Einkommens zu berechnen und zu je einem Viertel in den ersten Tagen jedes Kalendervierteljahres portofrei an die Kasse des Konsistoriums zu Wiesbaden einzuzahlen.

S. 13.

Diesenigen Geistlichen und Emeriten, welche beim Infrafttreten dieses Gesehes oder bei fünftigem Eintritt in ein nach §. 1 Rechte auf Wittwens und Waisengeld gewährendes Amt bereits ein für Verechnung des Wittwengeldes in Betracht kommendes Dienstalter haben, können, um die Anrechnung der gesammten früheren Dienstzeit zu Gunsten ihrer künftigen Wittwen zu erlangen, den Pfarrbeitrag für die gesammte anzurechnende Dienstzeit in Jahresbeiträgen,

25

welche ihrem laufenden Beitrage gleichkommen, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen nachzahlen:

a) Für die Dauer des gegenwärtig bezogenen Diensteinkommens ist ein

Pfarrbeitrag von drei Prozent desselben nachzuzahlen.

Wenn ein Geistlicher ober Emeritus für die Dienstzeit nach vollendetem 30. Dienstjahre den Nachweis führt, daß er von seinem früheren Diensteinkommen bei der Berechnung eines Pfarrbeitrages von drei Prozent einen nach dem Ermessen des Konsistoriums erheblich geringeren Jahresbeitrag nachzuzahlen haben würde, so ist dasselbe ermächtigt, die Nachzahlung dieses geringeren Beitrages zuzulassen.

S. 14.

Diesenigen Geistlichen und Emeriten, welche am 1 April 1895 Mitglieder der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt sind, werden, wenn sie die zum Ablauf des sechsten Monats nach Inkraftkreten dieses Gesetzes für ihre künstigen Wittwen auf das in §. 3 sestgesetzte Wittwengeld verzichten, dis zu ihrem etwaigen Ausscheiden aus diesem Versicherungsverhältniß von Entrichtung des Pfarrbeitrages auf Höhe von $1^2/_3$ Prozent des Einkommens oder Ruhegehalts befreit. Die Verpstichtung zur Leistung des weiteren ein Drittel Prozent bleibt auch für sie bestehen, wie auch andererseits der Anspruch ihrer etwaigen Hinterbliedenen auf Waisengeld durch jenen Verzicht nicht berührt wird.

Die Nichterklärung des Verzichts hat das Ausscheiden aus der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt nach Ablauf des sechsten Monats von Rechtswegen

zur Folge.

Soweit die Geiftlichen und Emeriten bei dem Ausscheiden aus der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt ein für die Berechnung des Wittwengeldes anrechnungsfähiges Dienstalter haben, sind sie verpflichtet, den Pfarrbeitrag des §. 12 für die gesammte Dienstzeit gemäß den Bestimmungen des §. 13 nachzugablen; auf den nachzuzahlenden Betrag werden ihnen diesenigen Beiträge nach dem Nennwerth angerechnet, welche sie an die Allgemeine Wittwenverpflegungsanstalt zur Versicherung einer am 1. April 1895 lebenden Spegattin gezahlt haben.

S. 15.

Soweit eine Nachzahlung bei dem Ableben des Geistlichen oder Emeriten für die gesammte Dienstzeit noch nicht erfolgt ist, und auch von der Wittwe be-

ziehungsweise den Baisen nicht binnen sechs Monaten nach dem Ableben bewirkt wird, hat die Deckung des Fehlbetrages durch Kürzung des Wittwengeldes und, wenn eine Wittwe nicht vorhanden ist, durch Kürzung des Waisengeldes zu erfolgen. Diese Kürzung darf bei einem Wittwengelde dis zu 700 Mark einschließlich den Betrag von 100 Mark jährlich, bei einem höheren Wittwengelde den Vetrag von Betrag von 200 Mark jährlich, bei dem Baisengelde den Vetrag von 50 Mark jährlich, für jedes Kind berechnet, im Falle des S. 5 den Vetrag von 250 Mark jährlich nicht übersteigen.

§. 16.

In Betreff der Einziehung der bisher der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt zustehenden Wittwenkassenbeiträge sinden die Bestimmungen Anwendung, welche für die Einziehung der Pfarrbeiträge maßgebend sind.

S. 17.

Der Centralkirchenfonds leistet dem Pfarrwittwen- und Waisenkonds einen Zuschuß, welcher auf einen dauernd zu erhebenden Jahresbetrag von einem Prozent der von den Mitgliedern der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Wiesbaden aufzubringenden Staatseinkommensteuer festgesetzt wird.

Das Konfistorium forgt für die Einziehung des Zuschusses und führt den-

felben an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds ab.

S. 18.

Reichen die dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds durch das Gesetzur Berfügung gestellten Mittel zur Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht aus, so ist der Vorstand des Pfarrwittwen- und Waisensonds ermächtigt, unter Mitwirtung des Verwaltungsausschusses eine zeitweilige Erhöhung der Pfarrbeiträge des S. 12 bis zu zwei weiteren Prozent des Einkommens und des Ruhegehalts

eintreten zu lassen.

Unter derselben Voraussetzung ist der Vorstand unter Mitwirkung des Verwaltungsausschusses ermächtigt, für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren das Wittwengeld derjenigen Wittwen dis zur Hälfte zu ermäßigen, welchen mit Rücksicht auf das geistliche Amt des verstorbenen Geistlichen oder Emeriten dauernde Bezüge aus anderen als privatrechtlichen Titeln zustehen. Als solche kommen namentlich in Betracht: örtliche Pfarrwitthümer, Ockanats- und andere Verbandspfarrwittwenkassen, sowie provinzialrechtliche Einrichtungen, nach welchen den Hinterbliebenen von Geistlichen nach Ablauf der Gnadenzeit dauernde Bezüge von der Kirchengemeinde oder aus sonstigen kirchlichen Mitteln, z. B. der Pfarrpfründe, zustehen.

Die Ermäßigung erfolgt durch Anrechnung der auß den örtlichen Fonds fließenden Bezüge auf das Wittwengeld. Die Anrechnung ist ausgeschlossen, soweit die Bezüge einer Wittwe auß örtlichen Fonds 200 Mark oder weniger betragen. Im Uebrigen ist die Anrechnung nur dis zur Hälfte der örtlichen

(Nr. 9727.)

Bezüge — unter Freilassung bes Mindestbetrages von 200 Mark — zulässig. Auch hat die Anrechnung bei fämmtlichen Fonds stets zu demfelben Prozentsatz zu erfolgen.

S. 19.

Der Nassauische Geistlichen-Centralwittwen- und Waisenfonds wird für

ben Zutritt weiterer Mitglieder geschlossen.

Sein gesammtes Kapitalvermögen, sowie die ediktmäßig ihm zustehenden eigenen Sinnahmen werden dem Centralkirchenfonds überwiesen, wogegen der letztere die sämmtlichen, dem Geistlichen-Centralwittwen- und Waisensonds gegenüber den jett vorhandenen Wittwen und Waisen, sowie den gegenwärtigen Kassenmitgliedern obliegenden Verpslichtungen überninnnt.

Den gegenwärtigen Mitgliedern des Geiftlichen «Centralwittwen» und Waisenfonds wird freigestellt, binnen sechs Monaten nach dem Inktrasttreten dieses Gesetzes durch eine bei dem Konsistorium einzureichende schriftliche Erklärung unter Verzicht auf ihre bisher gegenüber diesem Fonds erworbenen Ansprüche ihren Austritt aus diesem Fonds zu erklären.

S. 21

Falls ein gegenwärtig im Amte befindlicher Geistlicher schon jetzt für den Fall seines Ablebens gegenüber dem Geistlichen-Centralwittwen- und Waisen- fonds Ansprüche auf eine höhere Wittwen- und Waisenpension erworben hat, als seinen zukünstigen Hinterbliebenen aus dem Pfarrwittwen- und Waisensonds demnächst gewährt wird, so ist der Centralkirchensonds, auch wenn der betreffende Weistliche von seiner Austrittsbefugniß Gebrauch macht, verpflichtet, eintretenden Falls die Differenz zwischen der Gesammtsumme der aus dem Pfarrwittwen- und Waisensonds gewährten und der bei dem Geistlichen-Centralwittwen- und Waisensonds versicherten Bezüge den Hinterbliebenen zu gewähren.

S. 22.

Den gegenwärtig vorhandenen Wittwen und Waisen der Geistlichen werden ihre bisherigen Bezüge, einschließlich der auß der Bezirkssynodalkasse bewilligten Zuschüsse, auß dem Centralkirchensonds auf die Dauer ihrer ediktmäßigen Ansprüche weiter gewährt. Das Wittwengeld wird dergestalt aufgebessert, daß dasselbe bei einem Dienstalter des verstorbenen Geistlichen

		bis	zum	vollendeten	10. Dienstjahre	600 Mark,
	10.	s	ø	*	20.	700
# -	20.			1	30.	800
#,	30.	, et	,ø .	1 de 1	40.	900 :
darül	ver.					000 -

beträgt.

S. 23.

Die aus bem Centralfirchenfonds zu gewährenden Withven- und Waisenvensionen für die Hinterbliebenen der am 1. April 1895 bereits emeritirten Weistlichen werden nach benselben Säten berechnet, wie die der gegenwärtig vorhandenen Wittwen und Waisen.

S. 24.

Der Zeitvunkt, mit welchem bieses Kirchengesetz in Kraft tritt, wird burch Königliche Berordnung bestimmt.

S. 25.

Das Konfistorium zu Wiesbaden wird mit der Ausführung dieses Gesches beauftraat.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrucktem Königlichen Instegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 31. März 1895.

(L. S.) Wilhelm.

Bosse.

Alulage 6.

Birchengeset,

betreffend

die Kürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelisch - resormirten Kirche der Proving Hannover.

Vom 31. März 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen mit Zustimmung der Gesammtsynode der evangelisch reformirten Kirche ber Proving Hannover, mit Zustimmung Unseres Staatsministeriums, und nachdem durch die Ertlärung desselben festgestellt worden, daß gegen dieses Wejet von Staatswegen nichts zu erinnern ist, für die genannte Rirche, was folgt:

S. 1.

Die Wittwen und die hinterbliebenen noch nicht achtzehn Jahre alten ehelichen Kinder der in dem Pfarramt einer Kirchengemeinde oder als Lehrer einer theo-(Nr. 9727.)

logischen Lehranstalt der evangelisch-resormirten Kirche der Provinz Hannover, unter Bestätigung des Kirchenregiments auf Lebenszeit angestellten Geistlichen erhalten, wenn diese Geistlichen im Amte versterben oder nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand versetzt werden und zur Zeit ihres Ablebens das gesetzliche Ruhegehalt beziehen, Wittwen- und Waisengeld nach Maßgabe der in SS. 3 ff. nachstehenden Bestimmungen.

S. 2.

In Fällen, wo das kirchliche Interesse es wünschenswerth erscheinen läßt, ist das Konsistorium ermächtigt, auf Grund besonderer Bereinbarungen, salls seitens der Betheiligten die Verpstichtung zur Zahlung eines Beitrages übernommen wird, welcher den von den Geistlichen der Kirchengemeinden zu leistenden Beiträgen gleichwerthig ist, die Gewährung eines Wittwen- und Waisengeldes auch für die Hinterbliebenen derzenigen Geistlichen zuzusichern, welche bei Anstalten oder Vereinen der inneren oder äußeren Mission innerhalb des Bezirks der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Hannover angestellt sind, sosern letztere Korporationsrechte besitzen.

§. 3.

Das Wittwengeld beträgt bei einem Dienstalter des verstorbenen Geistlichen ober Emeriten:

		his	zum	vollendeten	10.	Dienstja	hre.		 		600	Mar	ŧ,
nom	LU,	ø	#	#	20.	p		-	 		700	98	,
ø	20.	#	ø		30.		en. 0		 		800		
#	30.	ø			35.	1 20	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1		 		900	pt	
#	35.			•	40.					1	000		
ø	40.		ø	* *	45.	*		0 (1	100	4	
nod	mehr	e al	3 45	Dienstjahre	en				 	1	200		

Auf das Dienstalter werden nur solche Dienstjahre angerechnet, welche nach Infrasttreten dieses Gesetzes zurückgelegt werden (vergl. jedoch §§. 13 bis 15).

6. 4.

Das Waisengeld beträgt:

- 1) für Kinder, deren Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Geistlichen zum Bezuge des Wittwengeldes berechtigt war, 200 Mark für jedes Kind,
- 2) für Kinder, deren Mutter nicht mehr lebt oder zur Zeit des Todes des Geistlichen zum Bezuge von Wittwengeld nicht berechtigt war, 300 Mark für jedes Kind. Waisen, deren Mutter zum Bezuge des Wittwengeldes nur deshalb nicht berechtigt ist, weil der Geistliche auf dasselbe verzichtet hatte, erhalten das Waisengeld der Zisser 1.

§. 5.

Der Gesammtbetrag des den Waisen eines Geistlichen oder Emeriten zu zahlenden Waisengeldes darf im Falle des S. 4 Ziffer 1 1000 Mark, im Falle des S. 4 Ziffer 2 und, wenn beide Fälle zusammentreffen, 1500 Mark nicht übersteigen.

Bei Anwendung biefer Beschränkung wird das Waisengelb verhältniß.

mäßig gefürzt.

S. 6.

Bei dem Ausscheiden eines Waisengeldberechtigten erhöht sich das Waisengeld der verbleibenden Berechtigten von dem nächstsfolgenden Kalendervierteljahr an insoweit, als sie sich noch nicht im vollen Genuß der ihnen nach §. 4 gebührenden Beträge besinden.

6. 7.

War die Wittwe mehr als fünfzehn Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das nach Maßgabe des S. 3 berechnete Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über fünfzehn dis einschließlich fünfundzwanzig Jahre um ein Vierzigstel gekürzt.

S. 8.

Keinen Anspruch auf Wittwengeld hat die Wittwe, wenn die She mit dem verstorbenen Geistlichen innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen war und das Konsistorium durch einen nach Anhörung des Ausschusses der Gesammtspnode zu fassenden Beschluß die Ueberzeugung ausspricht, daß die Sheschließung zu dem Zwecke erfolgt sei, um der Wittwe den Bezug des Wittwensgeldes zu verschaffen.

Keinen Anspruch auf Wittwen- und Waisengeld haben die Wittwen und die hinterbliebenen Kinder eines Geistlichen aus einer Ehe, welche erst nach dessen

Bersetung in den Ruhestand geschlossen ist.

S. 9.

Die Zahlung des Wittwen- und Waisengelbes beginnt mit dem Ablauf der den Hinterbliebenen von Pfarrern und Emeriten zustehenden Gnadenzeit und erfolgt für jedes Kalendervierteljahr bei Beginn desselben bei der Kasse des Konsistoriums oder nach Verlangen der Berechtigten auf deren Gefahr und Kosten durch die Post gegen Vorlegung gehörig bescheinigter Quittungen.

Un wen die Sahlung gultig zu leiften ift, bestimmt das Konsiftorium.

Der Anspruch auf die Leistung des einzelnen Theilbetrages von Wittwenund Waisengeld erlischt, wenn derselbe während vier Jahren von Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Theilbetrag fällig geworden ist, nicht abgehoben ist, zu Gunsten des Pfarrwittwen- und Waisensonds.

(Nr. 9727.)

§. 10.

Das Necht auf den Bezug des Wittwen- und Waisengeldes erlischt: I. für jeden Berechtigten mit Ablauf des Kalendervierteljahres,

1) in welchem er sich verheirathet oder stirbt,

2) in welchem ihm der Anspruch wegen umvürdigen Wandels durch einen unter Mitwirkung des Außschusses der Gesammtsprucke gefaßten Beschluß des Konsistoriums entzogen wird; bei nachhaltiger Besserung darf der entzogene Anspruch auf Antrag durch das Konsistorium unter Mitwirkung des Ausschusses der Gesammtsprode wieder gewährt werden,

II. für jede Waise außerdem mit Ablauf des Monats, in welchem sie das

18. Lebensjahr vollendet.

S. 11.

Behufs Durchführung der Fürsorge für die Wittwen und Waisen wird die evangelisch-reformirte Kirche der Provinz Hannover nach Maßgabe des Kirchungesetzs für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen vom 31. März 1895, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisensonds (Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt des Evangelischen Oberkirchenraths S. 17), an diesen Fonds angeschlossen.

S. 12. Salar Charles and Committee

Die in S. 1 bezeichneten Geistlichen und Emeriten, ferner die Hinterbliebenen berselben, so lange sie die Gnadenzeit genießen, sowie die erledigten Pfarrstellen sind verpflichtet, einen jährlichen Beitrag von zwei Prozent des Diensteinkommens beziehungsweise des Ruhegehalts, welches sie beziehen, an den Pfarrwittwen- und Waisensonds zu leisten.

In den Ruhestand versetzte Geistliche, welche weder verheirathet sind, noch cheliche Kinder unter achtzehn Jahren besitzen, sind von vorstehender Verpflichtung von dem Zeitpunkte ab entbunden, wo die vorgedachten Voraussehungen zu-

sammentreffen.

Der Pfarrbeitrag ist von dem durch 100 Mark theilbaren Gesammtbetrage des Einkommens zu berechnen und zu je einem Viertel in den ersten Tagen jedes Kalendervierteljahres portofrei an die Kasse des Konsistoriums zu Aurich einzuzahlen.

§. 13.

Diesenigen Geistlichen, welche beim Inkrafttreten dieses Gesches oder bei künftigem Eintritt in ein nach S. 1 Rechte auf Wittwen- und Waisengeld gewährendes Umt bereits ein für Berechnung des Wittwengeldes in Betracht kommendes Dienstalter haben, können, um die Anrechnung der gesammten früheren Dienstzeit zu Gunsten ihrer künftigen Wittwe zu erlangen, den Pfarrbeitrag für die gesammte anzurechnende Dienstzeit in Jahresbeiträgen, welche mindestens ihrem

laufenden Beitrage gleichkommen, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen nachzahlen:

a) Für die Dauer des gegenwärtig bezogenen Diensteinkommens ist ein Pfarrbeitrag von drei Prozent desselben nachzusablen.

b) Kur ein früher bezogenes Diensteinkommen ist nachzugahlen:

Wenn ein Geistlicher ober Emeritus für die Dienstzeit nach vollendetem 30. Dienstjahre den Nachweis führt, daß er von seinem früheren Diensteinkommen bei der Berechnung eines Pfarrbeitrages von drei Prozent einen nach dem Ermessen des Ronsistoriums erheblich geringeren Jahresbeitrag nachzuzahlen haben würde, so ist dasselbe ermächtigt, die Nachzahlung dieses geringeren Beitrages zuzulassen.

6. 14.

Diesenigen Geistlichen und Emeriten, welche am 1. April 1895 Mitglieder der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt sind, werden, wenn sie bis zum Ablauf des sechsten Monats nach Infrafttreten dieses Gesetzes sür ihre künstigen Wittwen auf das in S. 3 festgesetzte Wittwengeld verzichten, bis zu ihrem etwaigen Ausscheiden aus diesem Versicherungsverhältniß von Entrichtung des Pfarrbeitrages auf Höhe von 1²/3 Prozent des Einkommens oder Ruhegehalts befreit. Die Verpflichtung zur Leistung des weiteren ein Drittel Prozents bleibt auch für sie bestehen, wie auch andererseits der Anspruch ihrer etwaigen Hinterbliedenen auf Waisengeld durch jenen Verzicht nicht berührt wird.

Die Nichterklärung des Verzichts hat das Ausscheiden aus der Allgemeinen Wittwenverpslegungsanstalt nach Ablauf des sechsten Monats von Rechtswegen

zur Folge.

Soweit die Geistlichen und Emeriten bei dem Ausscheiden aus der Allsgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt ein für die Berechnung des Wittwengeldes anrechnungsfähiges Dienstalter haben, sind sie verpflichtet, den Pfarrbeitrag für die gesammte Dienstzeit gemäß den Bestimmungen des S. 13 nachzuzahlen; auf den nachzuzahlenden Betrag werden ihnen diejenigen Beiträge nach dem Nennwerth angerechnet, welche sie an die Allgemeine Wittwenverpflegungsanstalt zur Verssicherung einer am 1. April 1895 lebenden Ehegattin gezahlt haben.

S. 15.

Soweit eine Nachzahlung bei dem Ableben des Geistlichen oder Emeriten für die gesammte Dienstzeit noch nicht erfolgt ist, und auch von der Wittwe Gesch. Sammt. 1895. (Nr. 9727.)

beziehungsweise ben Waisen nicht binnen sechs Monaten nach dem Ableben bewirkt wird, hat die Deckung des Fehlbetrages durch Kurzung des Wittwengelbes und, wenn eine Wittwe nicht vorhanden ift, durch Kurzung des Waisengelbes zu erfolgen. Diese Kurzung barf bei einem Wittwengelde bis zu 700 Mark einschließlich ben Betrag von 100 Mark jährlich, bei einem höheren Wittwengelbe den Betrag von 200 Mark jährlich, bei bem Waisengelde den Betrag von 50 Mark jährlich, für jedes Kind berechnet, im Falle des §. 5 den Betrag von 250 Mark jährlich nicht übersteigen.

S. 16.

In Betreff ber Einziehung ber bisher ber Allgemeinen Wittwenverpflegungs. auftalt zustehenden Wittwenkaffenbeitrage finden die Bestimmungen Umwendung, welche für die Einziehung der Pfarrbeiträge maßgebend sind.

S. 17.

Die Gesammtsynodalkasse leistet dem Pfarrwittwen- und Waisenfonds einen Beitrag, welcher auf den dauernd zu erhebenden Jahresbetrag von einem Prozent der von den Mitgliedern der evangelisch reformirten Kirche der Proving Hannover aufzubringenden Staatseinkommensteuer festgesett wird.

Das Konsistorium sorgt für die Einziehung dieses Beitrages und führt

ihn an den Pfarrwittwen- und Waifenfonds ab.

§. 18.

Reichen die dem Pfarrwittwen- und Baifenfonds durch das Gesetz zur Berfügung gestellten Mittel zur Erfüllung seiner Berpflichtungen nicht aus, fo ist der Borstand des Pfarrwittwen- und Waisensonds ermächtigt, unter Mitwirfung des Verwaltungsausschuffes eine zeitweilige Erhöhung der Pfarrbeiträge bes S. 12 bis zu zwei weiteren Prozent des Einkommens und des Ruhegehalts

eintreten zu lassen.

Unter berfelben Boraussehung ift der Borstand unter Mitwirkung bes Berwaltungsausschuffes ermächtigt, für einen Zeitraum von höchstens feche Jahren bas Wittwengeld berjenigen Wittwen bis zur Hälfte zu ermäßigen, welchen mit Nücksicht auf das geistliche Amt des verstorbenen Geistlichen oder Emeriten dauernde Bezüge aus anderen als privatrechtlichen Titeln zustehen. Als solche kommen namentlich in Betracht örtliche Pfarrwitthumer, Diözefan- und andere Berbandspfarrwittwenkaffen, sowie provinzialrechtliche Ginrichtungen, nach welchen den Sinterbliebenen von Geiftlichen nach Ablauf der Gnadenzeit dauernde Bezüge von der Kirchengemeinde oder aus sonstigen kirchlichen Mitteln, z. B. der Pfarrpfründe, zustehen.

Die Ermäßigung erfolgt burch Anrechnung ber aus ben örtlichen Fonbs fließenden Bezüge auf das Wittwengeld. Die Unrechnung ift ausgeschloffen, soweit die Bezüge einer Wittwe aus örtlichen Fonds 200 Mark ober weniger betragen. get gene durch das "Hie bereite beite gene eingenert geben ig

Im Uebrigen ist die Anrechnung nur bis zur Hälfte der örtlichen Bezüge — unter Freilassung des Mindestbetrages von 200 Mark — zulässig. Auch hat die Anrechnung bei sämmtlichen Fonds stets zu demselben Prozentsatz zu erfolgen.

S. 19.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengesetz in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

§. 20.

Das Konfistorium wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Wegeben Berlin im Schloß, ben 31. Marg 1895.

(L. S.) Wilhelm. Boffe.

(Nr. 9728.) Kirchengesetz, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen ber evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 31. März 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen in Betreff der Fürsorge für die Withven und Waisen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, mit Zustimmung der Landessynode, was folgt:

§. 1.

Die Wittwen und die hinterbliebenen, noch nicht achtzehn Jahre alten ehelichen Kinder berjenigen Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Propinz Hannover, welchen, wenn sie zur Zeit ihres Ablebens in den Ruhestand versetzt wären, nach der Emeritirungsordnung vom 16. Juli 1873 (Gesetz-Samml. S. 386) ein lebenslängliches Ruhegehalt aus dem Emeritirungsfonds hätte gemährt werden müssen, beziehungsweise welche im Falle ihrer Versetzung auf eine andere Stelle nach den Vorschriften der Emeritirungsordnung behandelt worden wären, oder welche nach Erlaß dieses Gesetzes in den Ruhestand versetzt worden sind und zur Zeit ihres Ablebens das gesetzliche Ruhegehalt beziehen, erhalten Wittwen- und Waisengeld nach Maßgabe der in den §S. 3 ff. nachstehenden Bestimmungen.

(Nr. 9727--9728.)

§. 2.

In Fällen, wo das kirchliche Interesse es wünschenswerth erscheinen läßt, ist das Landeskonsistorium ermächtigt, auf Grund besonderer Vereinbarungen die Gewährung eines solchen Wittwen- und Waisengeldes auch für die Hinterbliebenen derjenigen Geistlichen zuzusichern, welche entweder auf Grund des Artikels I des Kirchengesches vom 19. Februar 1894, betreffend die Abänderung der Emeritirungsvordnung (Gesch-Samml. S. 15), dem Emeritirungssonds beigetreten oder unter Bestätigung beziehungsweise durch Ernennung seitens des Landeskonsistoriums bei einer der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover angeschlossenen evangelisch-lutherischen Gemeinde außerhalb Deutschlands angestellt sind. Die Betheiligten haben dabei die Verpslichtung zur Zahlung eines Beitrages zu übernehmen, der den Beiträgen gleichwerthig ist, welche die in §. 1 genannten Geistlichen der Kirchengemeinden zu leisten haben. Die Erfüllung dieser Verpslichtung dies zum Ableben des betreffenden Geistlichen bildet die rechtliche Voraussehung für die Gewährung des Wittwen- und Waisengeldes.

S. 3.

Das Wittwengeld beträgt bei einem Dienstalter bes verstorbenen Geistlichen ober Emeriten:

		iß	zum	voller	ideten	10.	Dienstjahre				600	Mart,
	10.	.5	ø		art.agricu	20.					700	
ø	20.	gg.	ø		į.	30.					800	
ø	30.	pl	#		,	35						
#	35.	# 1	4	9 " - "	100	10	odu bothert, trade			- 48	000	
# Table	40.	ø	ø	127127		45.	appeter gre	F 11-97		1	100	. 4
pon .	mehr.	alê	3 45	Dien	stjahre	n			1 2 2 2	4	200	3 3 4

Auf das Dienstalter werden nur solche Dienstjahre angerechnet, welche nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zurückgelegt werden (vergl. jedoch §§. 13, 15, 16).

S. 4.

Das Waisengeld beträgt:

1) für Kinder, deren Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Geistlichen zum Bezug des Wittwengeldes berechtigt war, 200 Mark für jedes Kind,

2) für Kinder, deren Mutter nicht mehr lebt oder zur Zeit des Todes des Geistlichen zum Bezuge von Wittwengeld nicht berechtigt war, 300 Mark für jedes Kind.

Waisen, deren Mutter zum Bezuge des Wittwengeldes nur deshalb nicht berechtigt ist, weil der Geistliche auf dasselbe verzichtet hatte, erhalten das Waisengeld der Ziffer 1.

S. 5.

Der Gesammtbetrag des den Waisen eines Geistlichen oder Emeriten zu zahlenden Waisengeldes darf im Falle des S. 4 Ziffer 1 1000 Mark, im Falle

bes S. 4 Ziffer 2 und, wenn beide Fälle zusammentreffen, 1500 Mark nicht übersteigen.

Bei Anwendung dieser Beschränkung wird das Waisengeld verhältniß.

mäßig gefürzt.

S. 6.

Bei dem Ausscheiden eines Waisengeldberechtigten erhöht sich das Waisengeld der verbleibenden Berechtigten von dem nächstfolgenden Kalendervierteljahr an insoweit, als sie sich noch nicht im vollen Genuß der ihnen nach §. 4 gebührenden Beträge besinden.

S. 7.

War die Wittwe mehr als fünfzehn Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das nach Maßgabe des S. 3 berechnete Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des Alltersunterschiedes über fünfzehn dis einschließlich fünfundzwanzig Jahre um ein Vierzigstel gefürzt.

S. 8.

Keinen Anspruch auf Wittwengeld hat die Wittwe, wenn die She mit dem verstorbenen Geistlichen innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen war und das Landeskonsistorium durch einen nach Anhörung des Bezirkssynodalausschusses zu fassenden Beschluß die Ueberzeugung ausspricht, daß die Cheschließung zu dem Zwecke erfolgt sei, um der Wittwe den Bezug des Wittwensgeldes zu verschaffen.

Keinen Anspruch auf Wittwen- und Waisengelb haben die Wittwen und hinterbliebenen Kinder eines Geistlichen aus einer She, welche erst nach dessen

Versetzung in den Ruhestand geschlossen ift.

Die Zahlung des Wittwen- und Waisengelbes beginnt mit dem Ablauf der den Hinterbliebenen von Pfarrern und Emeriten zustehenden Gnadenzeit und erfolgt für jedes Kalendervierteljahr bei Beginn desselben bei der Kasse des Konssistroums oder nach Verlangen der Berechtigten auf deren Gefahr und Kosten durch die Post gegen Vorlegung gehörig bescheinigter Quittungen.

Aln wen die Zahlung gultig zu leisten ift, bestimmt das Konsistorium.

Der Anspruch auf die Leistung des einzelnen Theilbetrages von Wittwenund Waisengeld erlischt zu Gunsten des Pfarrwittwen- und Waisensonds, wenn der Betrag innerhalb vier Jahren von Ablauf des Kalenderjahres an, in welchem er fällig wurde, nicht abgehoben ist.

1. 1. 1. S. 10.

Das Recht auf den Bezug des Wittwen- und Waisengeldes erlischt: I. für jeden Berechtigten mit Ablauf des Kalendervierteljahres, 1. in welchem er sich verheirathet oder stirbt;

(Nr. 9728.)

2. in welchem ihm der Anspruch wegen unwürdigen Wandels nach Anhörung des durch das lette Amt des verstorbenen Geistlichen bezeichneten Bezirkspynodalausschusses durch Beschluß des Konsistoriums entzogen wird. Auf erhobene Beschlußes zulässig ist, entscheidet das Landeskonsistorium endgültig. Bei nachhaltiger Besserung darf der entzogene Anspruch auf Antrag des Bezirkssynodalausschusses nach Anhörung des Konsistoriums durch das Landeskonsistorium wiedergewährt werden.

II. Für jede Waise außerdem mit Ablauf des Monats, in welchem sie

das 18. Lebensjahr vollendet.

S. 11.

Behufs Durchführung der Fürsorge für die Wittwen und Waisen wird die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover nach Maßgabe des Kirchengesches für die evangelische Landestirche der älteren Provinzen vom 31. März 1895, betreffend die Verwaltung des Pfarrwittwen- und Waisensonds (Kirchliches Gesch- und Verordnungsblatt des Evangelischen Oberkirchenraths S. 17), an diesen Fonds angeschlossen.

Die im S. 1 bezeichneten Geistlichen und Emeriten, ferner die Hinterbliebenen derselben, so lange sie die Gnadenzeit genießen, sowie die erledigten Pfarrstellen sind verpflichtet, einen jährlichen Beitrag von zwei Prozent des Diensteinkommens beziehungsweise des Ruhegehalts, welches sie beziehen, an den Pfarrwittwen- und Waisensonds zu leisten.

In den Ruhestand versetzte Geistliche, welche weder verheirathet sind, noch eheliche Kinder unter achtzehn Jahren besitzen, sind von vorstehender Verpflichtung von dem Zeitpunkte ab entbunden, wo die vorgedachten Voraussetzungen zusammen-

treffen.

Der Pfarrbeitrag ist von dem durch 100 Mark theilbaren Gesammtbetrage bes Einkommens zu berechnen und zu je einem Viertel in den ersten Tagen eines jeden Kalendervierteljahres portofrei an die Kasse des Konsistoriums einzuzahlen.

§. 13.

Diesenigen Geistlichen, welche beim Inkrafttreten dieses Gesehes oder bei künftigem Eintritt in ein nach S. 1 Rechte auf Wittwen- und Waisengeld gewährendes Amt bereits ein für Berechnung des Wittwengeldes in Betracht kommendes Dienstalter haben, können, um die Anrechnung der gesammten früheren Dienstzeit zu Gunsten ihrer fünftigen Wittwe zu erlaugen, den Pfarrbeitrag für die gesammte anzurechnende Dienstzeit in Jahresbeiträgen, welche mindestens ihrem lausenden Beitrage gleichkommen, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen nachzahlen:

a) Für die Dauer des gegenwärtig bezogenen Diensteinkommens ift ein

Pfarrbeitrag von brei Prozent besselben nachzugahlen.

b) Für ein früher bezogenes Diensteinkommen ift nachzuzahlen: für die Zeit bis zum vollendeten 15. Dienstjahre der Jahresbetrag für die Zeit vom 15. bis jum vollendeten 30. Dienft-für die Zeit vom 30. bis zum vollendeten 40. Dienft-für die Zeit von über 40 Dienstjahren der Jahresbetrag

Wenn ein Geistlicher ober Emeritus für die Dienstzeit nach vollenbetem 30. Dienstjahre den Nachweis führt, daß er von seinem früheren Diensteinkommen bei der Berechnung eines Pfarrbeitrages von drei Prozent einen nach dem Ermessen des Konsistoriums erheblich geringeren Jahresbeitrag nachzugahlen haben würde, so ist dasselbe ermächtigt, die Nachzahlung dieses geringeren Beitrages zuzulassen.

Der Zwang zum Gintritt in die bestehenden örtlichen und Bezirkswittwenund Waisenkassen wird für alle nach Erlaß dieses Gesetzes in ein bisher beitrage. pflichtiges Amt berufenen Geiftlichen aufgehoben.

S. 15.

Diejenigen Geistlichen und Emeriten, welche am 1. April 1895 Mitglieder ber Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt sind, werden, wenn sie bis zum Ablauf des sechsten Monats nach Intrafttreten dieses Gesehes für ihre künftigen Wittwen auf das in S. 3 festgesetzte Wittwengeld verzichten, bis zu ihrem etwaigen Ausscheiden aus diesem Bersicherungsverhältniß von Entrichtung des Pfarrbeitrages auf Höhe von 12/3 Prozent des Einkommens oder Ruhegehalts befreit. Die Berpflichtung zur Leistung bes weiteren ein Drittel Prozents bleibt auch für sie bestehen, wie auch andererseits der Anspruch ihrer etwaigen Hinterbliebenen auf Waisengeld durch jenen Berzicht nicht berührt wird.

Die Nichterklärung des Verzichts hat das Ausscheiden aus der Allgemeinen Withvenverpflegungsanstalt nach Ablauf des sechsten Monats von Rechtswegen

zur Folge.

Soweit die Geiftlichen und Emeriten bei dem Ausscheiden aus der All. gemeinen Wittwenverpflegungsanftalt ein für die Berechnung des Wittwengeldes anrechnungsfähiges Dienstalter haben, find sie verpflichtet, den Pfarrbeitrag für die gesammte Dienstzeit gemäß den Bestimmungen des S. 13 nachzugablen; auf den nachzuzahlenden Betrag werden ihnen diejenigen Beiträge nach dem Nemwerth angerechnet, welche sie an die Allgemeine Withvenverpflegungsanstalt zur Bersicherung einer am 1. April 1895 lebenden Chegattin gezahlt haben.

S. 16.

Soweit eine Nachzahlung bei dem Ableben des Geistlichen oder Emeriten für die gesammte Dienstzeit noch nicht erfolgt ist und auch von der Wittwe (Nr. 9728.)

beziehungsweise den Waisen nicht binnen sechs Monaten nach dem Ableben bewirft wird, hat die Deckung des Fehlbetrages durch Kürzung des Wittwengeldes und, wenn eine Wittwe nicht vorhanden ist, durch Kürzung des Waisengeldes zu erfolgen. Diese Kürzung darf bei einem Wittwengelde dis zu 700 Mark einschlichzlich den Betrag von 100 Mark jährlich, bei einem höheren Wittwengelde den Betrag von 200 Mark jährlich, bei dem Waisengelte den Betrag von 50 Mark jährlich, für sedes Kind berechnet, im Falle des S. 5 den Betrag von 250 Mark jährlich nicht übersteigen.

S. 17.

In Vetreff der Einziehung der bisher der Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt zustehenden Wittwenkassenbeiträge finden die Vestimmungen Anwendung, welche für die Einziehung der Pfarrbeiträge maßgebend sind.

§. 18.

Die anderweit nicht zu beckenden Beträge find burch Beiträge der Bezirks.

synodalkassen aufzubringen.

Der Gesammtbetrag der letteren wird zunächst auf einen dauernd zu erhebenden Jahresbetrag von einem Prozent der von den Mitgliedern der evangelischlutherischen Kirche der Provinz Hannover aufzubringenden Staatseinkommensteuer

festgesett.

Die Beiträge erfolgen nach dem von der Landessymode mit Genehmigung der Kirchenregierung hierfür festzusehenden Fuße, und dis zu dem Zeitpunkte, wo solche Festsehung erfolgt, nach dem Fuße, welcher für die nach dem Kirchengesetze, betreffend die Errichtung eines Landeskirchenfonds zur Abstellung kirchlicher Nothstände, vom 30. Mai 1894 (Geseh-Samml. S. 91) zu erhebenden Kirchensteuer gilt. Die Konsistorien sorgen für die Einziehung der festgesetzten Umlage und führen dieselbe an den Pfarrwittwen- und Waisensonds ab

§. 19.

Falls die Finanzlage des Pfarrwittwen- und Waisenfonds eine Erhöhung der Sinnahmen des Fonds nothwendig macht, so ist der Vorstand des Pfarrwittwen- und Waisensonds ermächtigt, unter Mitwirkung des Verwaltungs-ausschusses eine zeitweilige Erhöhung der Pfarrbeiträge des §. 12 bis zu zwei weiteren Prozent des Sinkommens und des Ruhegehalts eintreten zu lassen.

Unter derselben Boraussehung ist der Vorstand unter Mitwirkung des Berwaltungsausschusses ermächtigt, für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren das Wittwengeld derjenigen Wittwen bis zur Hälfte zu ermäßigen, welchen mit Rücksicht auf das geistliche Umt des verstorbenen Geistlichen oder Emeriten dauernde Bezüge aus anderen als privatrechtlichen Titeln zustehen. Alls solche kommen namentlich in Betracht örtliche Pfarrwitthümer, Diözesan- und andere Verbandspfarrwittwenkassen, sowie provinzialrechtliche Einrichtungen, nach welchen den Hinterbliebenen von Geistlichen nach Ablauf der Gnadenzeit dauernde Bezüge

von der Kirchengemeinde oder aus fonstigen firchlichen Mitteln, z. B. der Pfarr-

pfründe, zustehen.

Die Ermäßigung erfolgt burch Anrechnung der aus den örtlichen Fonds Kießenden Bezüge auf das Wittwengeld. Die Anrechnung ist ausgeschlossen, soweit die Bezüge einer Wittwe aus örtlichen Fonds 200 Mark ober weniger betragen. Im Uebrigen ift die Anrechnung nur bis zur Hälfte ber örtlichen Bezüge — unter Freilassung bes Mindestbetrages von 200 Mark — zulässig. Auch hat die Anrechnung bei fämmtlichen Fonds ftets zu bemfelben Prozentfat zu erfolgen.

6. 20.

Das Landeskonfistorium wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

6. 21

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Kirchengeset in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, ben 31. März 1895.

(L. S.) Wilhelm.

Boffe.

(Nr. 9729.) Berordnung über bas Inkrafttreten bes Kirchengesehes, betreffend bie Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geiftlichen der evangelisch . lutherischen Kirche ber Proving Hannover. Bom 31. Marg 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen in Gemäßheit bes S. 21 des Kirchengesetzes vom 31. März 1895, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Baisen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Proving Hannover, daß das vorbezeichnete Kirchengesetz mit bem 1. April d. J. in Kraft tritt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, ben 31. März 1895.

(L. S.) Wilhelm.

Boffe.

(Nr. 9730.) Gesetz zur Ergänzung bes Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landestirche in den neun älteren Provinzen vom 15. Juli 1889 (Gesetzemml. S. 139). Vom 31. März 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, für den Geltungsbereich des Gesehes, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie, vom 3. Juni 1876 (Geseh-Samml. S. 125), was folgt:

drud anne met traft mi go Einziger Artikel. ber inn immens? 19C

Für das Ausscheiden aus dem Versicherungsverhältniß, in welchem die Geistlichen zur Allgemeinen Wittwenverpslegungsanstalt gestanden haben, oder in welches sie auf Grund des Artisels 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Juli 1889 (Gesetzesamml. S. 139) zum Pfarrwittwenz und Waisenfonds der evangelischen Landeskirche getreten sind, ist außer den im §. 3 des Gesetzes vom 30. März 1892 (Gesetzesamml. S. 35) aufgesührten Bestimmungen der Artisel III des anliegenden Kirchengesetzes vom 31. März 1895 wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889, betressend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen, maßgebend.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 31. März 1895.

ne manusall nod pindel mode (L. S.) @ nod Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. Thielen. Bosse. Bronsart v. Schellendorff. v. Köller. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt.

Kirchengeset

merburgened inne frenklimiett vereine wegen fichere zweinell seiner deltenuteit

Abanderung einiger Bestimmungen des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen.

Vom 31. März 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen, unter Zustimmung der Generalspnode, für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen in Abanderung des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889 (Kirchliches Gesetz und Verordnungsblatt S. 37), was folgt:

etais wie Gitaft von I lekt w Artifel I. man faird alledenille von Der an den Pfarrwittwen- und Waisenfonds zu zahlende gesetzliche Pfarrbeitrag wird von drei Prozent auf zwei Prozent, der an denselben Fonds zu zahlende Beitrag ber ber Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt angehörigen Geistlichen, welche für ihre künftigen Wittwen auf das Wittwengeld verzichtet haben, von einhalb Prozent auf ein Drittel Prozent herabgesetzt.

Die Bestimmung über die Erhöhung der Pfarrbeiträge bis auf 4 Prozent des Diensteinkommens oder des Ruhegehalts im Falle des S. 20 Absatz 1 des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889 (in der Fassung des Kirchengesetzes vom 30. März

1892) wird hierdurch nicht berührt.

G - C v fruidgunge udache Artifel II. Legnitus sudsignite Der Evangelische Oberkirchenrath ist ermächtigt, die nach §. 14 des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889 für sechs aufeinander folgende Jahre angeordnete Ueberschußabgabe der Kirchenkassen für das letzte Jahr oder für einen fürzeren Zeitraum außer Hebung zu feten.

Artifel III.

Diejenigen Geiftlichen und Emeriten, welche Mitglieder ber Allgemeinen Wittwenverpflegungsanstalt find und die gesetzlich zugelaffene Berzichterklärung auf Wittwengeld abgegeben haben, sind berechtigt, binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes die Verzichterklärung nach Maßgabe und mit den Rechtswirfungen des Artifels III des Kirchengesetzes vom 30. März 1892 zurückzunehmen.

(Nr. 9730.)

Artifel IV.

Der Zeitpunkt, in welchem dieses Kirchengeset in Kraft tritt, wird burch landesherrliche Verordnung bestimmt, welche im Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt zu verkünden ift.

Urtundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrucktem

Rönialichen Infiegel. Gegeben Berlin im Schloß, ben 31. März 1895.

(L. S.) Wilhelm.

Barthaufen.

Mir Milhelm, non Gottes Gnaden König von Pren Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz Samml. S. 357) find bekannt gemacht:

1) ber Allerhöchste Erlaß vom 9. November 1894, burch welchen ber Stadtgemeinde Berlin das Recht verliehen worden ift, die zur Erweiterung ber Riefelfelder für die Kanalisationswässer noch erforderlichen, in den Gemarkungen Französisch Buchholz und Blankenfelde belegenen Grundstücke im Wege der Enteignung zu erwerben, durch das Umtsblatt der Königl. Regierung zu Potsbam und ber Stadt Berlin, Jahrgang 1895 Mr. 13 G. 109, ausgegeben am 29. März 1895;

2) der Allerhöchste Erlaß vom 18. Februar 1895, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts, sowie des Rechts zur Chausseegelderhebung an ben Kreis Züllichau für die von ihm gebaute Chauffee von ber Station 18,8 ber von Zullichau nach Schwiebus führenben Chauffee nach Schwiebus, endigend an ber Eisenbahn Frankfurt a. D.-Bentschen daselbst, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Frankfurt a. D. Mr. 12 S. 83, ausgegeben am 20. März 1895;

3) das Allerhöchste Privilegium vom 18. Februar 1895 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Unleihescheine der Stadt Burtscheid im Betrage von 1 000 000 Mark, burch bas Amtsblatt ber Königl. Regierung

zu Nachen Mr. 14 S. 87, ausgegeben am 28. März 1895.

Rebigirt im Bureau bes Staatsministeriums. Berlin, gebrudt in ber Reichsbruderei.